

WAS WAR UND IST DIE DDR?

AUSSTELLUNG DER FDJ BERLIN

ZUM 58. GEBURTSTAG DER DDR

Warum mußte die Wirtschaft der DDR hinter der der BRD zurückbleiben?

- Kriegszerstörung und Reparationen
- Boykott und Embargopolitik
- Wirtschaftskrieg gegen die DDR
- Der Marshall-Plan
- Teilungsdisproportionen
- Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte

War die DDR 1989 pleite?

- Wirtschaftswachstum der DDR
- Verschuldung der DDR
- Der Wert der DDR-Währung
- Stellung der DDR in der Weltwirtschaft
- »Mangelwirtschaft«

Was war die DDR 1989 wert?

- Das Volkseigentum – Definition laut DDR-Verfassung
- Das Volkseigentum – Grund und Boden – Forst- und Agrarflächen
- Das Volkseigentum – Betriebe – Militär

Wo ist der Wert der DDR geblieben?

- Ist die Auflösung der DDR legal verlaufen?
- Warum brach die DDR-Wirtschaft zusammen?
- »Wirtschafts-, Währungs- und Sozialreform«: Todesurteil der DDR-Volkswirtschaft
- Zur Geschichte der Treuhand – Die Wurzeln der bundesdeutschen Treuhandpolitik
- Beispiel: Aneignung der Banken der DDR
- Beispiele: Kombinate und Betriebe der DDR

Was ist die DDR heute wert?

- Internationale Einordnung – Vergleich der Wirtschaftsentwicklung

Was war und ist die DDR?

Warum diese Ausstellung?

Am 3. Oktober 1990 verschwand eine gesamte Volkswirtschaft von der Landkarte. Unzählige Publikationen, Filmproduktionen u.s.w. haben sich mit dieser Thematik beschäftigt und ihre Ansichten kundgetan. Einseitige Sicht und politische Motivation verzerren den größten Teil des vorliegenden Materials. Haarsträubende Legenden und Falschaussagen über die Planwirtschaft der DDR sind die vorherrschenden Elemente in der öffentlichen Auseinandersetzung. Schlagworte und Parolen sorgen für ein Klima, das sachliche Diskussion stark behindert. Letztlich ist festzustellen, dass die von öffentlicher Stelle geförderten Aussagen über die Wirtschaft der DDR dermaßen vom Tatsächlichen entfernt sind, dass Abhilfe vonnöten ist. Die Beantwortung der Frage: »Was war und ist die DDR?« ist geeignet, um möglichst allumfassend die Dimension des Anschlusses der DDR an das Territorium der BRD zu behandeln.

Es geht den Autoren dieser Ausstellung, jungen Schülern und Berufstätigen aus Ostdeutschland, Mitgliedern der FDJ, um eine objektive Sicht auf die Deutsche Demokratische Republik.

Obwohl in einigen Teilen der Ausstellung der Eindruck entsteht, man wolle einen Vergleich der Wirtschaftsleistungen beider deutscher Staaten erreichen, so ist das nicht die eigentliche Motivation dieser Ausstellung.

Diese Ausstellung, die eigentlich erst noch im Entstehen ist, also eigentlich nur eine Vorschau auf eine fertige sein kann, soll zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen, zu einer Diskussion, die sich auf dem Boden von Fakten abspielt. Ganz bewusst haben sich die Autoren der Ausstellung bei ihrer Quellenauswahl an Publikationen seriöser anerkannter Stellen der BRD gehalten. Was natürlich nicht automatisch Garant für die Qualität dieser Ausstellung ist. Deshalb sind wir über Anregungen zum Thema sehr dankbar.

Die Autoren der Ausstellung

Nur wenn man die grundlegenden Faktoren und Ausgangsbedingungen berücksichtigt, kann man zu einer objektiven Beurteilung des Verlaufs und der Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung der DDR und zu brauchbaren Aussagen beim Vergleich des ökonomischen Niveaus der beiden deutschen Staaten zur Zeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik gelangen.

1. Die Kriegszerstörungen auf dem Gebiet der DDR sowie die Erfüllung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der damit durch die von Deutschland zerstörten Länder, Deutschland aufgelegten Reparationsforderungen – Im Falle der DDR Reparationen an das Land, das die Hauptlast des 2. Weltkriegs trug – und die Hauptlast des Kampfes zu seiner Beendigung
2. Die Wirkung des Marshallplanes als Initialzündung des sogenannten »Wirtschaftswunders« in der BRD
3. Die unterschiedlichen Wirkungen der Teilungsdisproportionen auf die verschiedenen großen Wirtschaftskörper der beiden deutschen Staaten
4. Boykott und Embargo-Politik, Wirtschaftskrieg gegen die DDR
5. Die Abwanderung von Millionen Arbeitskräften, deren überwiegend gute Ausbildung von der DDR, also von der arbeitenden Bevölkerung der DDR finanziert wurde. Millionen Arbeitskräfte, die als zusätzliche hocheffektive Fachkraft für die BRD wirksam wurden
6. Sabotage und Zersetzungsarbeit der Organe der BRD gegen die DDR-Wirtschaft
7. Verfehlung in der Wirtschaftspolitik der DDR.

Kriegszerstörungen und Reparationen

Die Autoren der Ausstellung möchten an dieser Stelle im Voraus anmerken, dass die über die Reparationen der DDR an die Sowjetunion aufgeführten Fakten auf keinen Fall einen Vorwurf an die UdSSR darstellen sollen. Ganz im Gegenteil gehen wir davon aus, dass die im Verhältnis zu den durch Deutschland in der Sowjetunion angerichteten Kriegschäden gezahlten Reparationen eine Nichtigkeit darstellen.

Bezogen auf das vorhandene materielle Potential „betrug der Substanzverlust an industriellen und infrastrukturellen Kapazitäten in der DDR – der als Reparationen für die Sowjetunion in Form von Demontage vorhandener Betriebe und Einrichtungen der geleistet wurde – rund 30% der 1944 auf dem Gebiet vorhandenen Fonds ... In der BRD waren dies nach verlässlichen Unterlagen 3% der Kapazitäten; das Verhältnis Abbau der Kapazitäten betrug also 10:1⁽¹⁾. ... Besonders schwerwiegende Auswirkungen auf die Infrastruktur in diesem hochindustrialisierten Gebiet hatte die Demontage von 6300 km zweiter Gleise, die angesichts des ständigen Mangels an Akkumulationsmitteln im Verlauf der gesamten Entwicklung der DDR nicht ausgeglichen werden konnte. Zwei Drittel aller Lokomotiven und rund 60% der Reisezugwagen waren vernichtet.“⁽²⁾

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert?“, Berlin 2000

(1) Baar/Karlsch/Matschke, „Studien zur Wirtschaftsgeschichte“, Berlin 1993

(2) Kramer, „Die ersten Jahre“, Berlin 1979

„Nach Abschluss der Demontage 1948 verblieben in der SBZ zwischen 74% und 84% des Bruttoanlagevermögens der Industrie von 1936, während in den westlichen Besatzungszonen der industrielle Kapitalstock (mit 111%) über dem Stand von 1936 lag.“

Q: S. Krüpper, „Die Endzeit der DDR-Wirtschaft“

Zu den Reparationszahlungen in Form der Demontage auf dem Gebiet der SBZ vorhandener Betriebe und Verkehrseinrichtungen kamen die Reparationszahlungen in Form der Entnahme aus der laufenden Produktion. Die Höhe dieser Entnahmen aus der laufenden Produktion für Reparationen, für Besatzungskosten und einige andere Ausgaben über Jahre hinaus bedeuteten einen Substanzverlust, der in Jahrzehnten nicht aufholbar war ...

Das waren für den Zeitraum 1946-1953, also in den ersten acht Nachkriegsjahren, 22% der laufenden Produktion, gemessen am Bruttosozialprodukt (in Mrd./Preisbasis 1944). In den Westzonen wurde im gleichen Zeitraum die laufende Produktion allenfalls für einige Bedürfnisse der Besatzungsgruppen in Anspruch genommen ... Das Verhältnis DDR/BRD betrug für die belastendste Form der Kriegskontributionen 98:2.⁽¹⁾

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 42

(1) aus „Neues Deutschland“, v. 1./2. 7. 2000, S. 18

Q: „Neues Deutschland“, v. 1./2. 7. 2000, S. 18, aus Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 43

Die von den Besatzungszonen der USA, Großbritannien, Frankreichs später der BRD erbrachten Reparationen beliefen sich auf 2,1 Mrd. DM zu Preisen von 1953.

Q: Angaben der interalliierten Reparationsagentur (I.A.R.A.)

Die von der sowjetisch besetzten Zone erbrachten Reparationen werden mit 99,1 Mrd. DM zu Preisen von 1953 angegeben.

Q: Angaben des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen

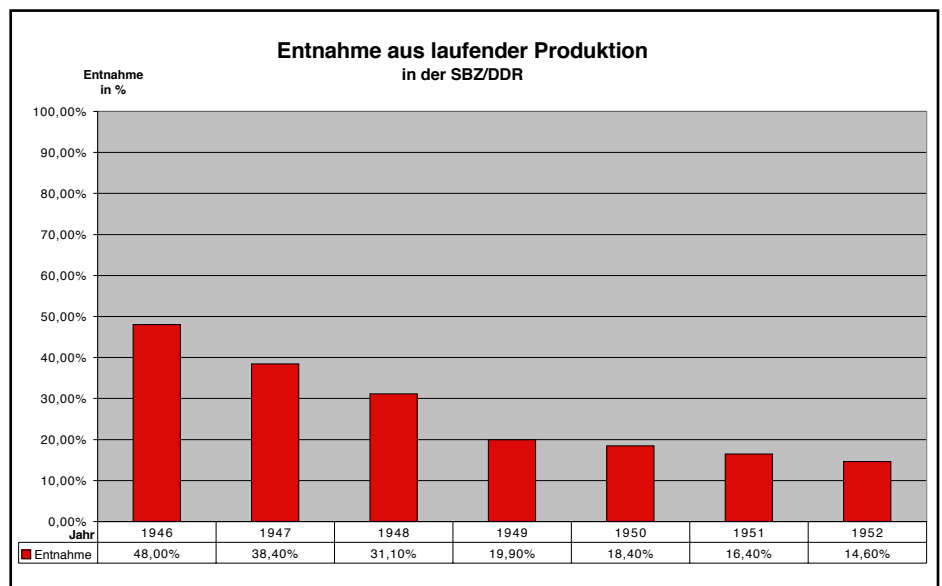
Die DDR trug also 97-98% der Reparationslast Gesamtdeutschlands.

Auf den Stand der heutigen Preise unter der Berücksichtigung einer Verzinsung von 6-fün-fachtel Prozent (wie sie die DDR für den ihr vom Bundesfinanzministerium über deutsche Großbanken 1938-1988 gewährten Kredit zu zahlen hatte) ergibt sich eine Auszahlungsfor-

derung an die Bürger der DDR von Seiten der BRD in Höhe von 727,1 Mrd. DM

Q: nach Angaben einer Studie des Bremer Wissenschaftlers Prof. A. Peters; sein Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wurde von 12 Wissenschaftlern und Politikern der BRD bestätigt

Gegenüberstellung der gesamten Reparationszahlungen DDR-BRD in offiziellen Angaben



Vorliegendes Material liefert eine profunde Erklärung für die Tatsache, dass die DDR in den ersten Jahren lediglich einen Anteil der Akkumulation am Bruttosozialprodukt von 7% – die BRD jedoch einen Anteil von 20% für die Wiederherstellung und Erneuerung der Grundfonds verwenden konnte.

„Zweifellos handelt es sich hier um eine Vorleistung der Ostdeutschen, die ihr mögliches Entwicklungspotential substantiell zu einem Großteil in Anspruch nahm und ein entscheidender Faktor dafür war, das ihr Lebensstandard und ihre Produktivität im Durchschnitt auch 40 Jahre nach Beendigung dieses Krieges nur halb so hoch waren wie in Westdeutschland.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert?“

Boycott und Embargo-Politik, Wirtschaftskrieg gegen die DDR

„Der innerdeutsche Handel erreichte bis 1950, vor allem auch als Ergebnis der separaten Wirtschaftsreform in den Westzonen, nicht einmal 10 Prozent des Umfangs der zwischen beiden Wirtschaftsgebieten vor dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Lieferungen. Im Spätsommer 1951 verboten die Hohen Kommissare und die Regierung der BRD die bereits vereinbarten Lieferungen von Blechen und anderen Walzwerkserzeugnissen, was die DDR an einer empfindlichen Stelle traf. Am 30.09.1960 kündigte die Bundesrepublik das seit 1951 laufende Handelsabkommen mit der DDR, was besonders den Ausfall von zahlreichen Zuliefererprodukten, u.a. Sonderstählen, Normstählen, spezifischen Chemikalien – für die verarbeitende Industrie zur Folge hatte und wovon ganze Produktionszweige abhängig waren.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 49

„Der offizielle innerdeutsche Handel ging in Form von Verrechnungseinheiten vonstatten. Diese wurden zwar in einem für die DDR günstigen Währungsverhältnis von 1:1 abgewickelt, waren aber warengelockt. Sie koppelten also den Export von Gütern an den Import anderer Güter. Dadurch war auch dieser Weg für den Erwerb von Devisen verschlossen. Hinzu kam, dass diese einseitige Bindung an die Bundesrepublik es jener ermöglichte, Waren an die DDR über dem Weltmarktniveau zu verkaufen ... so dass mit gewisser Berechtigung festgestellt werden kann, dass die Beschäftigten der DDR ihren Beitrag zum relativen Wohlstand in der BRD leisteten (z.B. IKEA-Billy-Regale)“

Q: Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, HWWA

Eine besondere Rolle bei der ökonomischen Erpressung spielten die Embargopolitik und die auf ihr beruhenden Sperrlisten (CoCom-Listen). Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR wurden dadurch in hohem Maße negativ beeinflusst. Auch das ab den 70er Jahren überdimensionierte Programm zur Entwicklung einer eigenen Mikroelektronik, war nicht unwesentlich ein Ergebnis dieser westlichen Embargopolitik.

Allein die Entwicklung der eigenen Mikroelektronik erforderte Investitionsaufwendungen von 30 Milliarden Mark (a), die anderweitig dringend fehlten.

Q: Kehrer: „Industriestandort Ostdeutschland“

„...es ist die Politik der vereinigten Staaten, ihre wirtschaftlichen Ressourcen und Vorteile im Handel mit kommunistischen beherrschten Staaten zu nutzen, um die nationale Sicherheit und die außenpolitischen Ziele der Vereinigten Staaten zu fördern.“ Im Jahre 1950 wurde auf Initiative der USA das "Coordinating Committee on East-West Trade Policy" (CoCom) gegründet. Bereits im November 1949 hatte man sich auf gemeinsame Embar-

golisten geeinigt, die am 1. Januar 1950 in Kraft treten sollten. Zu den sieben Gründungsstaaten - Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und die USA - kamen noch im selben Jahr fünf weitere Staaten - BRD, Dänemark, Kanada, Norwegen und Portugal - hinzu. In den darauf folgenden Jahren traten dann auch Japan, Griechenland, Türkei und Spanien der CoCom bei, so dass alle Nato-Staaten (außer Island) Mitglieder der CoCom waren. Die CoCom-Listen waren verbindlich und stellten das Minimum an Handelskontrollen der Teilnehmerländer dar. Jede Erweiterung musste übernommen werden.

In der CoCom gab es drei Listen: Liste I für ein totales Exportverbot (Waffen, Munition, Atomenergie, Computertechnik der neuesten Generation, Ausrüstungen für die Entwicklung und Produktion dieser Computer); Liste II für Güter, die quantitativ beschränkt waren (Güter mit "sekundär strategischer Bedeutung"); Liste III, Güter deren Ausfuhr lediglich überwacht wurden.

Q: (Hasse: *Theorie und Politik des Embargos*, Köln, 1973 / Jacobsen: *Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutschen-amerikanisches Problem, Nomos*, Baden-Baden, 1986 / Zürn: *Geschäft und Sicherheit, Tübinger Arbeitspapiere zur intentionalen Friedensforschung*, 9, 1989)

Die Selbstkosten eines 256 kbit-Speicherchip aus der DDR-Produktion betragen 534 Mark der DDR. Der Weltmarktpreis des Chips betrug 6DM. ...

Der Handel sollte in erster Linie ein ökonomischer Hebel zur Erreichung politischer Ziele sein ...

Q: Wenzel: *Was kostet die Wiedervereinigung? Das Neue Berlin*, 2003

Mit gegenüber dem Weltmarkt wesentlich überhöhten Aufwendungen mussten Rohstoffe, Ersatzteile und Ausrüstungen in Eigenproduktion hergestellt werden. Diese viele Milliarden erfordernde Aufwendungen sind heute nicht mehr zu quantifizieren. Einfuhr- und Ausfuhrpositionen wurden kontingiert und aneinander gekoppelt. Dies legte dem innerdeutschen Handel ein strukturelles Korsett im Interesse der BRD an. Die Erpressung der DDR bei der Preisgestaltung im Export und Import war permanenter Bestandteil der westdeutschen Handelspolitik. Die Exportpreise lagen wesentlich unter dem Weltmarkt, die Importpreise darüber. Insbesondere bei Konsumgütern bereicherten sich westdeutsche Handelsketten an billigst importierten DDR-Erzeugnissen.

Dies sind nur wenige Beispiele des Wirtschaftskrieges gegen die DDR. Sie verfehlten ihr Ziel nicht, den wirtschaftlichen Aufbau der DDR zu behindern und müssen deswegen in eine objektive Analyse der Ursachen des wirtschaftlichen Zurückbleibens der DDR hinter der BRD mit einbezogen werden.

Der Marshall-Plan

„Er kam einer in der Welt einmaligen Bluttransfusion der von Waren und Kapital überquellenden USA an den ehemaligen Kriegsgegner gleich, die als Initialzündung eine entscheidende Grundlage für die schnelle Beseitigung der Kriegszerstörungen und das Erlblühen des Wirtschaftswunders BRD darstellte. Zweifellos ist es auch einer der Hauptgründe, weswegen die Altbundesrepublik nach dem Krieg und bis heute ein durchschnittlich höheres ökonomisches Niveau aufweist als ihre ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Großbritannien, bei denen die ebenfalls erhaltene US-Hilfe aus verschiedenen, hier nicht zu erörternden Gründen nicht mit der gleichen Effektivität zur Wirkung kam. Gleichzeitig war der Marshall-Plan Bestandteil einer politischen Globalkonzeption, die die Wiederherstellung des größeren Teils von Deutschland als wirtschaftlich potenten Faktor für das ›roll back‹ des sozialistischen Systems zum Ziele hatte.

Die Westzone/BRD erhielt im Zuge des Marshall-Planes (European Recovery Program – ERP) und verschiedener anderer amerikanischer Hilfsprogramme für Europa zwischen 1945 und 1956 Leistungen im Umfang von 3,7 Mrd. Dollar oder 15,5 Mrd. DM. Davon waren über 10 Mrd. als Geschenk (›grants‹) zu betrachten; der Rest wurde als Kredit gewährt und sollte in größeren Zeiträumen zurück gezahlt werden.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert?“, Berlin 2000

„Welche Bedeutung diese Auslandshilfe, die teils Nahrungshilfe war, teils Rohstoff- und Maschinenlieferungen umfasste, für den westdeutschen Wiederaufbau hatte, lässt sich heute kaum noch ermessen. In einer Situation, die durch ein Überangebot qualifizierter und in höchstem Maße leistungsbereiter Arbeitskräfte sowie eine wegen jahrelanger Unterversorgung mit allen Gütern praktisch unbegrenzte Nachfrage gekennzeichnet war, in der es praktisch nur an Produktionsmitteln fehlte ... musste die

geschenkweise oder kreditäre Bereitstellung dieser Investitionsmittel geradezu zu einem solchen Produktionsaufschwung führen.“

Q: Leptin, *Deutsche Wirtschaft nach 1945*, Opladen, Holland 1980

Teilungsdisproportionen

Von den industriellen Produktionsstätten Deutschlands befanden sich ca. 30% auf dem Gebiet der SBZ/DDR – davon waren 45% zerstört – und 70% auf dem Gebiet der Westzone/BRD – davon waren 20% zerstört. Damit ist offenkundig, dass sich bezüglich der Verteilung der Industriestandorte sowie der Zerstörung der Industrie ein West-Ost-Gefälle abzeichnet. Die vier Besatzungszonen waren wirtschaftlich eng verschmolzen, von einander abhängig, wenn auch die Westzonen relativ gute Ausgangsbedingungen besaßen.

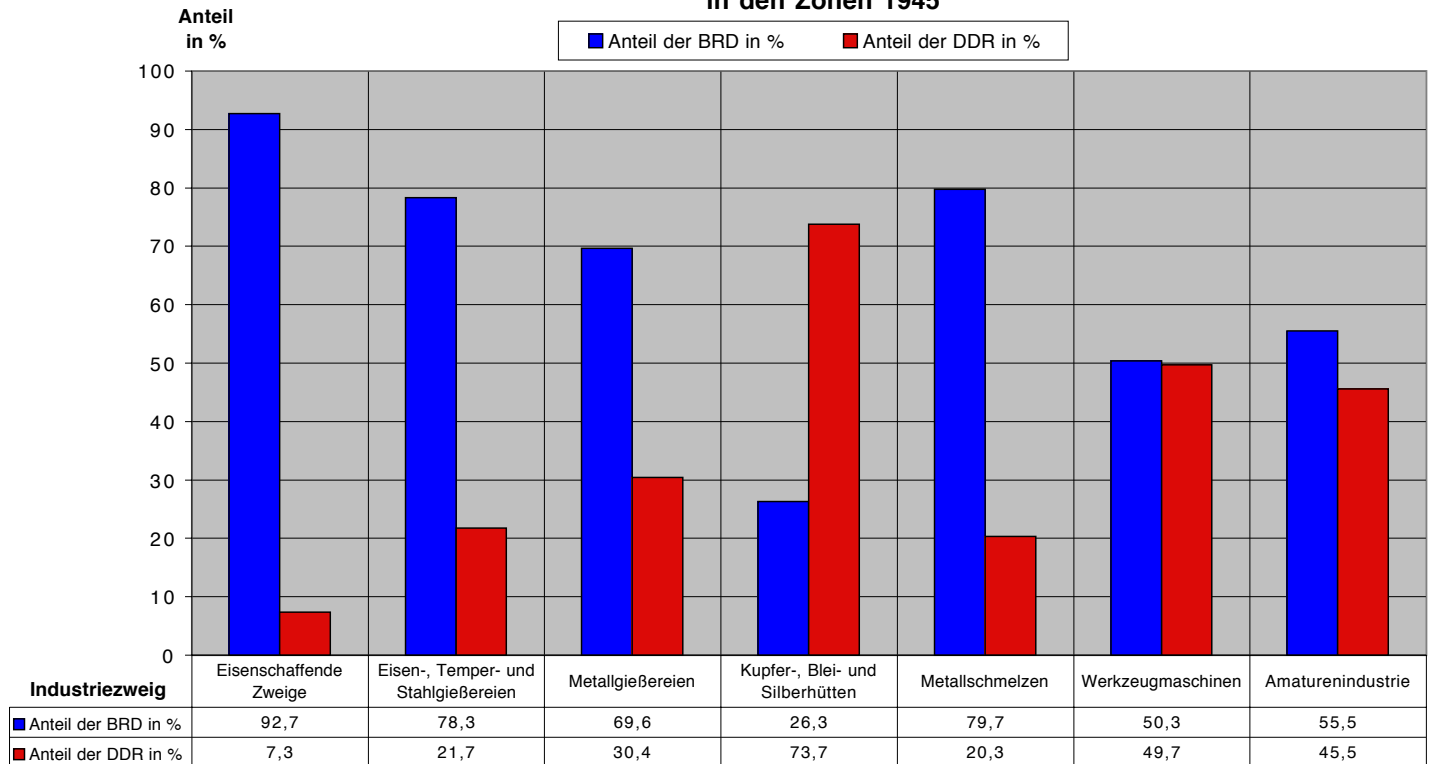
Die sowjetische Besatzungszone hatte die schlechtesten ökonomischen Startbedingungen. Allein schon die riesigen Kriegszerstörungen bedeuteten ein großes Hemmnis. Die größte Störung im Reproduktionsprozess der Industrien entstand aus der Disproportion zwischen Grundstoffindustrie und der metallverarbeitenden Industrie. Unter den Grundstoffen nahm Kohle eine Sonderstellung ein. Kohle war das Brot der Industrie.

1936 wurden auf dem Gebiet der späteren SBZ 26 Prozent der gesamtdeutschen Stahl- und Eisenproduktion erzeugt, jedoch nur 5% der dafür nötigen Grundstoffe (Walzstahl, Koks und Steinkohle).

Der Zwang zur Schaffung eines Schwerindustriesektors in der DDR ergab sich aus den Teilungsdisproportionen. Ohne größere Anknüpfungsmöglichkeiten an einen Grundstock bedurfte die DDR besonders in der Anfangszeit enormer Aufwendungen.

Teilungsdisproportionen

Territoriale Verteilung ausgewählter Industriezweige in den Zonen 1945



Der bedeutende Teil der Textilindustrie lag im Osten, die Spinnereien für die Herstellung der Ausgangsmaterialien jedoch im Westen. Obwohl Mitteldeutschland ein hochindustrialisiertes Gebiet war, mit einem hohen Anteil an Maschinenbau, Elektrotechnik und Textilindustrie, wurden dort 1938 bezüglich der Gesamtzeugung des Deutschen Reiches nur 1,9% Steinkohle und 6% Eisenerz gefördert, 4,3% Roheisen und 6,6% Rohstahl erzeugt. Damit war das Gebiet der späteren SBZ/DDR existentiell auf Rohstofflieferungen angewiesen und ohne diese nicht lebensfähig. Vielfältige Verflechtungen zwischen dem Osten und Westen Deutschlands bestanden auch in der verarbeitenden Industrie.

Neben der wichtigsten Disproportion zwischen Metallurgie und metallverarbeitender Industrie trat eine zweite große Disproportion hervor, nämlich das Verhältnis zwischen Leichtindustrie und übriger Industrie.

Q: Müller/Reißig „Wirtschaftswunder DDR“, Berlin 1968, S. 32

Aus alledem ergab sich, dass insbesondere die ostdeutschen Industrien sehr störanfällig waren. In der Zukunft mussten hohe Summen und viele Arbeitskräfte für den Wiederaufbau und für die Überwindung der Disproportionen in den entscheidenden Zweigen bereit gestellt werden. Dadurch verzögerte sich naturgemäß die allseitige technische Neuausrüstung in der gesamten Industrie.

Unabweisbar dürfte in Anbetracht dieser Tatsachen sein, dass die Zerreißung eines solchen einheitlichen, vielfältig verflochtenen Volkswirtschaftskörpers den Ein-Drittel-Teil, also die SBZ/DDR, mehr belasten mußte als den Zwei-Drittel-Teil. Bis weit in die 50er Jahre konnte der durch die Teilung hervorgerufene Rohstoffbedarf nicht von Seiten der sozialistischen Länder ausgeglichen werden. So war die DDR unter diesen Bedingungen unabdingbar auf den Handel mit der BRD angewiesen.

Abwanderung von Arbeitskräften

Natürlich ist die Nutzbarmachung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ein wichtiger Faktor in der Entwicklung der Wirtschaft eines Staates. Das statistische Jahrbuch der DDR 1989 beziffert die Abwanderung von Humankapital von Ost nach West mit 2,045 Mio. Personen (von 1946 18,488 auf 1989 auf 16,434 Mio.). Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang um 12%. In der Zeit von 1950 bis 1961 siedelten jährlich zwischen 144.000 (1959) und 330.000 (1953)⁽¹⁾ in die BRD über.

(1) Q: Osteuropaforscher der Freien Universität Leptin, 1980

„Unter den Flüchtlingen war der Anteil der Jugendlichen bis 25 Jahre sehr hoch, mindestens um 50 Prozent. Das hatte zur Folge, dass unter den Zurückbleibenden der Anteil der älteren Jahrgänge rasch anstieg. Im Jahre 1970 waren in der Bundesrepublik 61,2 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter, in der DDR 58 Prozent ... Wenn man berücksichtigt, dass jeder arbeitsfähige Flüchtling beim innerdeutschen Wirtschaftsvergleich einen Arbeitskräfteunterschied von 2 Personen ausmacht (im Osten -1, im Westen +1), dann wird die wachstumspolitische Bedeutung der Fluchtbe-
wegung deutlich.“

Q: Leptin, *Deutsche Wirtschaft nach 1945*, Opladen, Holland 1980, S. 26

Für die BRD ist dieser Zufluss des ›Humankapitals‹ in Größenordnungen von über 2 Mio. Personen ein einmaliger Aktivposten, der überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Man muss berücksichtigen, dass es sich bei den Übersiedlern aus der DDR in die BRD zu einem großen Teil um gut ausgebildete Facharbeiter sowie akademisch Ausgebildete wie Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte gehandelt hat, deren Ausbildung oftmals vom anderen Staat, d.h. der gesamten Gesellschaft der DDR, finanziert worden war. Es gibt viele, die ihre

Einstellungsverträge von westlichen Firmen bereits während des Studiums und sozialer Sicherung in der DDR in Anspruch nahmen. Das trifft vor allem auf die Zeit vor 1961 zu.

Insgesamt wanderten von 1949 bis 1961 3,5 mio. Menschen (einschließlich Umsiedlern!) von der DDR in die BRD und nur 0,6 mio. von der BRD in die DDR. Für einen Migranten aus dem Westen gingen also 7 aus dem Osten.

„Die Analyse des Zurückbleibens der DDR hinter der BRD und der ihr zurunde liegenden objektiven historischen Bedingungen muss ergänzt werden durch die Analyse der außergewöhnlichen, teilweise einmaligen Faktoren, die zugunsten der Bundesrepublik wirkten. Vielleicht ist das auch einer der Gründe dafür, warum der durchschnittliche Lebensstandard in der Bundesrepublik höher liegt als z.B. in Frankreich oder Großbritannien. Es muss die theoretische Frage erlaubt sein, wie der Produktivitäts- und Effektivitätsvergleich aussehen würde, wenn die BRD und ihre Marktwirtschaft diese einmaligen Bedingungen nicht hätte nutzen können; wenn die DDR und ihr Wirtschaftssystem nicht der Bündelung solcher außergewöhnlich ungünstigen geschichtlichen Faktoren ausgesetzt gewesen wäre, sondern sie im Gegenteil über die außerordentlich begünstigenden Faktoren der BRD hätte verfügen können.“

In Anbetracht der vorliegenden Fakten über die Faktoren, die auf das Wirtschaftswachstum der DDR und der BRD einwirkten, drängt sich unweigerlich der Schluss auf, dass das wirtschaftliche Zurückbleiben der DDR gegenüber der BRD in entscheidendem Maße historisch bedingt ist.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 63

War die DDR 1989 pleite?

Wirtschaftswachstum der DDR

7

Indikatoren für die Pleite einer Wirtschaft:

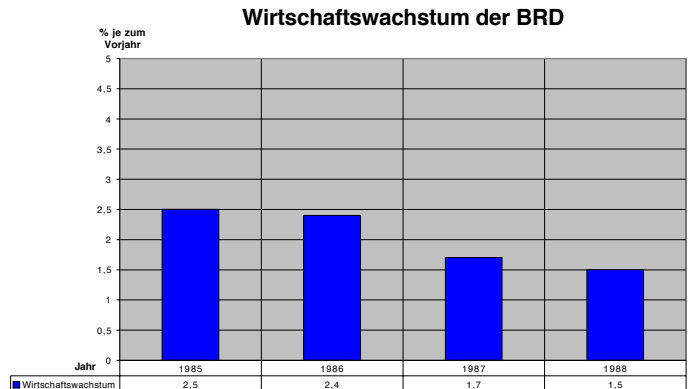
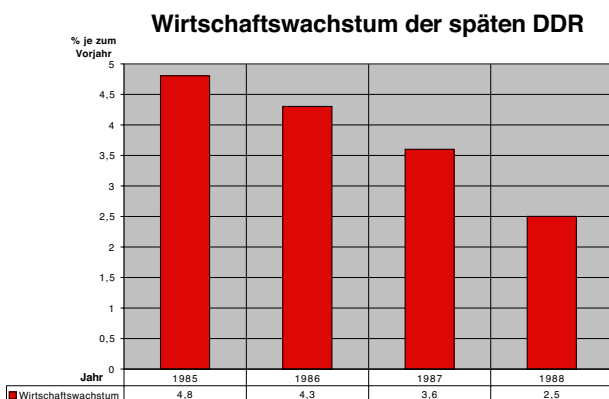
1. das Ende des wirtschaftlichen Wachstums
2. die Zahlungsunfähigkeit einer Wirtschaft, die besonders im Unvermögen sichtbar wird, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen
3. Produktionseinbrüche und massenhaft brachliegende Produktionskapazitäten
4. ein langanhaltender Rückgang der Produktion bzw. der Leistung einer Volkswirtschaft, der zum ökonomischen und sozialen Kollaps führt

Wirtschaftswachstum der DDR

Insgesamt betrug das Wirtschaftswachstum, gemessen an der Zunahme des produzierten Nationaleinkommens, 1987 rd. 3,6% (1986 4,3 und 1985 noch 4,8) gegenüber dem Planziel von 4,5%. Nominal stieg das produzierte Nationaleinkommen, das ungefähr dem Bruttoinlandsprodukt entspricht, auf rd. 262 Mrd. Mark, wobei die Zunahme besonders durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (+6,6%) erreicht wurde. Die wichtigste Komponente des Wirtschaftswachstums der DDR war nach DDR-Angaben auch 1987 die Steigerung der industriellen Warenproduktion (+3,7%) bzw. der Nettoproduktion der Industrie (+6,3%)...

„Da die amtlichen Statistiken der DDR nicht zwischen nominalen und realen Zahlen unterscheiden, d.h. Preiserhöhungen nicht berücksichtigen, lässt sich über das wirkliche Wachstum der Wirtschaft nichts genaueres aussagen. Nach Schätzungen westlicher Experten dürfte es um 2-2,5 gelegen haben....“

Q: „Der Fischer Weltatlas '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, S. 231/33



Q: Angaben des statistischen Bundesamtes aus „Der Fischer Weltatlas '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 198

„Es gab also ein beträchtliches und auch kontinuierliches Wachstum der Leistung, wenn auch, ausgedrückt im Wachstum des Nationaleinkommens, in den Jahren 1985-1988 in einer sich abschwächenden Kurve. Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihrer ökonomischen Existenz, bis zur „Währungsunion“ und der Umstellung auf die DM am 1.07.1990 selbst unter den seit einem dreiviertel Jahr andauernden turbulenten Umbruchsbedingungen sowohl im Handel mit den ausländischen Partnern in Ost und West jede fällige Rechnung bezahlen als auch die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten; und das bei einem ständig anschwellenden Touristenstrom und dem unter Bedingungen der offenen Grenze irrelevanten Umtauschkurs von Mark der DDR in DM auf dem freien Markt. ... Die DDR-Ökonomie war offensichtlich so stabil und verfügte über solche inneren Reserven, um diese schwierigen Zeit ohne wesentliche Einbrüche zu meistern.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 13

Obwohl die Bundesrepublik mit einer Billionverschuldung erheblich die Erträge nachfolgender Generationen vorverzehrt, erreichte die BRD im Zeitraum 1980 bis 1989 zu keinem Zeitpunkt ein höheres durchschnittliches nominelles Wachstum beim BIP als die DDR. Auch der Anschluss des DDR-Gebietes an die BRD 1990 vergrößerte das Wachstum nicht nachhaltig. Mangel an Wachstum, wie er in der BRD-Wirtschaft chronisch angelegt ist, muß nicht zum »Bankrott« des Staats führen.

War die DDR 1989 pleite?

Verschuldung der DDR – Auslandsverschuldung – Inlandsverschuldung

8

Verschuldung

„Die alte DDR war zumindest in einer Beziehung ein grundsolider Staat: das Staatsvermögen machte ein Mehrfaches der Staatsverschuldung aus.“

Q: Engels, Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Nr.9 vom 23.2.1995, S. 174

„...weil die DDR mit rund 40 Mrd. DM – rund 13% des Bruttosozialproduktes – eine vergleichsweise geringe Ausgangsverschuldung aufweist.“

Q: T. Waigel, M. Shell, „Tage, die Deutschland und die Welt veränderten“, 1994, S. 184

Auslandsverschuldung der DDR

Gerade die Verschuldung der DDR gegenüber dem Westen wird gerne als Indikator einer Pleite herangezogen. Hier ein Blick auf die Fakten:

Verschuldung der DDR gegenüber den westlichen Valutaländern

Nach dem vorliegenden Bericht der Deutschen Bundesbank vom August 1999 wird insgesamt für 1989, d.h. unter Berücksichtigung aller Guthaben und Verbindlichkeiten einschließlich derjenigen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, eine Nettoverschuldung der DDR in freier Valuta von 19,9 Mrd. VM ausgewiesen, was einer Dollargröße von rund 12 Mrd. Dollar zum damaligen Kurs entspricht.

Gesamte Auslandsverschuldung der DDR

Laut Bundesregierung betrug die Netto-Auslandsverschuldung der DDR zum Zeitpunkt ihres ökonomischen Anschlusses an die BRD 23,3 Mrd. DM.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 28

1989 (4Vj.) wies die BRD einen Stand der Auslandsverschuldung (der öffentlichen Haushalte nach Gläubigern) von 205,5 Mrd. DM auf.

Q: Angaben aus Zeitreihe BQ1715, Deutsche Bundesbank, www.bundesbank.de

Inlandsverschuldung der DDR offizielle Behauptungen

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung wurden mit dem ökonomischen Anschluss der DDR an die BRD am 1.7.1990 folgende Inlandsschulden des Staates und der volkseigenen Wirtschaft der DDR von der BRD übernommen:

28.0	Mrd. DM	interne Schulden des Staatshaushaltes
38.0	Mrd. DM	Wohnungsbaukredite
>104	Mrd. DM	Altschulden der Treuhandbetriebe
26.0	Mrd. DM	Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung

196 Mrd. DM Gesamt

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 28

Zum Posten »Altschulden« der Treuhandbetriebe

Die Bundesregierung rechnet zu den DDR-Schulden zusätzlich die 104,0 Mrd. DM „Altkreditschulden“ der THA-Betriebe aus der Währungsumstellung. Dies sind aber finanztechnische Zwangsposten aus der Nach-DDR-Ära. Es sind keine Schulden selbstständiger wirtschaftlicher Einheiten. Es waren Verpflichtungen der Staatsbetriebe der DDR gegenüber der Staatsbank bzw. dem Staatshaushalt der DDR. Die Verrechnung vollzog sich innerhalb des Eigentumsträgers der gesamten Wirtschaft einschließlich des Staatshaushaltes. Da die BRD das gesamte öffentliche Eigentum, also sowohl das gesamte produktive Eigentum, das volkseigene Wohnungseigentum und anderes Staatseigentum einschließlich der Staatsbank übernahm, handelt es sich demzufolge um innere Verrechnungen, die sich im Rahmen eines Eigentumssubjektes ausgleichen.

»Dass in der DDR gar keine Kredite im marktwirtschaftlichen Sinne vergeben wurden, dass also die vermeintlichen Schulden der Unternehmen nichts anderes waren als politisch gewollte und gesteuerte Subventionen, scherte weder die Politik noch die Banken. Auch dass die einzelnen Wirtschaftseinheiten ihre Nettogewinne an den Staatshaushalt abführen mussten, irritierte hier nicht.«

Auszug aus dem Tagespiegel vom 1. Juli 2005: Schulden oder Sühne, 15 Jahre Währungsunion: Wie sich westdeutsche Banken auf unsere Kosten an fiktiven DDR-Krediten bereicherten

War die DDR 1989 pleite?

Verschuldung – Der Wert der DDR-Währung

9

Wirkliche Bilanz

Für die Erstellung einer objektiven Abschlussbilanz der Inlandsverschuldung eines vierzig Jahre souverän existierenden Staates und seiner Wirtschaft ist, auch in Übereinstimmung mit anderen Ökonomen (siehe z.B. H. Nick in „Vereinigungsbilanz“, Hamburg 1995), lediglich eine Kennziffer relevant: Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber den Spareinlagen der Bevölkerung, soweit Kredite des Staatshaushaltes z.B. für die Finanzierung des Wohnungsbaus in Anspruch genommen wurden; nach Verlautbarung der Bundesregierung 38 Mrd. DM. Selbst unter Berücksichtigung der durch die Bundesregierung aufgeführten 28.0 Mrd. DM „internen Schulden des Staatshaushaltes“ und den 26.0 Mrd. DM „Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung“ kommt man auf einen äußerst niedrigen Wert von 92 Mrd. DM Inlandsverschuldung der DDR.

Die BRD wies 1989 bereits eine Staatsverschuldung (Inlandsverschuldung) von 924 Mrd. DM auf.

Q: Andersen, Woyke, Wichard (Hrsg.): „Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“. Bonn 2000.

Lässt man die mehr den mehr als fragwürdigen Posten „Altschulden der Treuhandbetriebe“ außer Betracht, kommt man zu einer Gesamt-Staatsverschuldung der DDR (1989) von 115,3 Mrd. DM. Das sind pro Kopf der DDR-Bevölkerung rund 6930 DM Schulden, die die DDR Bürger mit dem Anschluss ihres Landes in die BRD eingebracht haben. Nicht mal 50% derjenigen, die auf jedem Bürger der alten Bundesrepublik lasten. Statistisch gesehen übernahmen die Menschen der DDR pro Kopf mehr als 7000 DM der BRD-Schulden. Auch in dieser Beziehung erwies sich das an die DDR-Bürger großzügig gezahlte 100-Mark-Begrüßungsgeld als eine vorteilhafte Investition.

Eine sogenannte „Pleite der maroden DDR“ an ihrer finanziellen Lage fest zu machen, entbehrt nach den vorliegenden Fakten jeder Grundlage. Es sei denn man definiert den Stand von Auslands- und Inlandsverschuldung der DDR als allgemeinen Beleg eines wirtschaftlichen Bankrots. Dies würde jedoch für die BRD und den größten Teil der Staaten der Welt bedeuten, das sie sich schnellstens nach Artikel 23 irgendjemanden anzugliedern haben.

Der Wert der DDR-Währung

Im Vergleich auf einer Grundlage vergleichbarer Warenkörbe kommen Untersuchungen des DIW in den achtziger Jahren zu einem realen Verhältnis von DDR-Mark/D-Mark im Konsumbereich von 1:1.

Q: Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in den achtziger Jahren
Lediglich im Außenwert stand die DDR-Mark zur D-Mark in einem schwachen Verhältnis (4:1). Jedoch weitaus relevanter ist die Sicht auf das Verhältnis DDR/D-Mark bezüglich ihres angewendeten, ihres inneren Wertes. Da in der DDR die Preise für den gesamten Bereich der Grundversorgung, Verkehrstarife und Mieten weit unter ihrem Wert lagen, hatte die DDR-Mark für ihren Besitzer einen viel höheren Wert. „Das DIW hat jetzt in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut beim DDR-Ministerium der Finanzen und Preise anhand aktueller Warenkörbe die durchschnittliche Verbrauchswert-Parität aktualisiert: danach ist die Kaufkraftrelation 1 M=1.07 DM.“

Q: internes Material T. Waigels an H. Kohl vor Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Bonn 13./14.2 1990

Auch bei Vergleichen der normalen Monatseinkommen werden in öffentlichen Verlautbarungen bewusst Parameter nicht berücksichtigt. Zum einen geht das gesamte Lohn- und Tarifsystem der BRD davon aus, dass ein männlicher Arbeiter eine Familie, d.h. die im allgemeinen nicht berufstätige Ehefrau und zwei Kinder zu versorgen hat. In der DDR waren 92% aller berufsfähigen Frauen berufstätig und hatten entsprechende Einkünfte. (Wir sehen die Berufstätigkeit der Frauen der DDR im Vergleich mit der „Hausfrauenrolle“ in der BRD als fortschrittlichen Aspekt.) Die hohen Subventionen der DDR für alle Waren des Grundbedarfs waren etwa 80% der DDR-Ausgaben. Mit den gestützten Verkehrsleistungen und Mieten entstand so eine zweite Lohntüte von etwa 800 Mark. Insgesamt kommt man somit auf ein Familieneinkommen in der DDR von rd. 2.800. Dies würde 75-80% des Familieneinkommens der BRD entsprechen. Diese Angaben entdramatisieren die abwegigen offiziellen Angaben über das Einkommensverhältnis DDR/BRD.

Zur mangelnden Berücksichtigung der Tendenz sinkender Löhne bei steigenden Arbeitszeiten und verelender Ausdehnung des Dumpinglohnsektors und der Zeitarbeit in der BRD der letzten Jahre: Bezüglich der neuesten enormen Einschnitte des Staates BRD in sein Sozialsystem, der damit galoppierenden Verteuerung selbst grundlegender Leistungen wie z.B. Medikamente, Zahnersatz oder Mieten, würde eine neue Untersuchung des DIW in der Frage: Wie viel wert ist der Euro zur DDR-Mark? – sicher zu noch ganz anderen Ergebnissen kommen ...

War die DDR 1989 pleite?

Stellung der DDR in der Weltwirtschaft

10

Um die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft global einzuordnen, bietet sich ein Vergleich der Brutto-Inlandsprodukte der Länder der Welt an. Das BIP gibt insgesamt Auskünfte über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes an. Mit einem BIP von ca. 285 Mrd. DM 1985 nimmt die DDR Platz 15 unter den 33 wirtschaftlich stärksten Länder der Welt ein.

Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. US-\$ 1985

1.	USA	4185,490
2.	Japan	1955,650
3.	UdSSR	1700,000
4.	BRD	891,990
5.	Frankreich	724,200
6.	Italien	599,920
7.	Großbritannien	468,290
8.	Kanada	323,790
9.	VR China	271,880
10.	Spanien	229,100
11.	Brasilien	206,750
12.	Indien	203,790
13.	Australien	184,940
14.	Niederlande	175,330
15.	DDR	150,000
16.	Schweiz	135,050
17.	Mexiko	127,140
18.	Schweden	114,470
19.	Belgien	121,180
20.	Korea (Süd)	98,150
21.	CSSR	96,000
22.	Österreich	93,830
23.	Saudi-Arabien	78,480
24.	Indonesien	75,230
25.	Polen	73,770
26.	Argentinien	69,820
27.	Norwegen	69,780
28.	Dänemark	68,820
29.	Finnland	62,370
30.	Jugoslawien	61,640
31.	Algerien	60,760
32.	Südafrika	56,370
33.	Türkei	52,620

Q: „Weltwirtschaftsbericht“ aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 775

Es fällt den Autoren dieser Ausstellung beileibe schwer sich vorzustellen, wie der oft so genannte „marode Schrotthaufen DDR“ ein BIP von 150.000.000.000 US-Dollar erwirtschaften konnte.

Spätestens hier stellt sich die berechtigte Frage, warum wohl niemand vom ökonomischen Kollaps der Schweiz, Österreichs, Norwegens oder der Niederlande spricht. Denn diese Staaten reihen sich nach ihrem Bruttoinlandsprodukt hinter der DDR ein.

Auszüge aus vergleichenden Daten der Weltwirtschaft

Industrieproduktion – Weltrangliste-Auszug

Rohstahlerzeugung 1986 (in Mio. t)		Bauindustrie – Wohnungen 1987 (in 1000)	
Indien	11,808	Japan	1531,1
Belgien	9,768	BRD	251,9
Südafrika	9,144	Frankreich	237,3
DDR	7,968	DDR	215,7
Mexiko	7,332	Spanien	195,0
Australien	6,828	Großbritan.	193,2
VR China	5,300	Kanada	184,6
Niederlande	5,280	Türkei	169,0
Österreich	4,632	Australien	127,3
Kalidünger (K ₂ O) 1986 (in Mio. t)		Kunststoffe – Plastikproduktion 1986 (in Mio. t)	
		Belgien	2,770
UdSSR	10,367	Großbrit. 82	1,966
Kanada	6,521	CSSR	1,140
DDR	3,465	DDR	1,045
BRD	2,380	Australien 83	0,776
Frankreich	1,719	Jugoslawien	0,664
Israel	1,139	Polen	0,631
USA	0,955	Österreich	0,590

Q: nach UNO – Angaben aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 883,862,865,864

War die DDR 1989 pleite?

Stellung der DDR in der Weltwirtschaft – »Mangelwirtschaft«

11

Landwirtschaft – Weltrangliste-Auszüge

Fleischerzeugung (in 1000 t) 1987		Kartoffelernte (in 1000 t) 1987		Milch-Erzeugung (in Mio. t) 1987		Schweine-Bestand (in Mio. Stück) 1987	
Kanada	2611	VR China	27550	Brasilien	12,350	Mexiko	18,66
Spanien	2597	USA	16170	Niederlande	11,860	Rumänien	14,50
Niederlande	2576	Indien	11170	Italien	10,900	Niederland	14,06
DDR	1997	DDR	9860	DDR	9,227	DDR	12,84
Rumänien	1898	Rumänien	9000	Kanada	7,850	Frankreich	12,00
Ungarn	1705	BRD	8700	Neuseeland	7,500	Japan	11,30
Jugoslawien	1530	Niederlande	6900	Mexiko	7,500	Kanada	10,83
CSSR	1525	Großbritan.	6445	Japan	7,375	Österreich	3,80
Dänemark	1509	Frankreich	6300	CSSR	7,050		
Neuseeland	1326	Spanien	5400	Australien	6,345		

Q: FAO – aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 06,817,819,824

USA	7278
DDR	5680
UdSSR	4885
BRD	4451
Schweiz	3952
Frankreich	3673
Österreich	3217

Q: „Weltentwicklungsbericht“, „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. H. Haefs, FFM 1988, S 775

Energieverbrauch pro Kopf – Weltrangliste nur kommerzielle Energie (in kg Öleinheiten)

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie hängt stark vom technischen Ent-

wicklungsstand eines Landes ab, aber auch von der Zusammensetzung der Industrie, etwa hohem Verbrauch der Montan- und chemischen Industrie.

Handel:

„Der Export der DDR bestand zu mehr als 90% aus Industrieproduktion. Maschinen, Ausrüstung und Transportmittel hatten einen Anteil von 48% am gesamten Export der DDR; im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet betrug der Anteil 61 Prozent; im Handel mit den Valutaländern 17 Prozent. Nach dem Volumen des Exports nahm die DDR nach diesen Angaben in der Welt den 16. Platz, in Europa den 10. Platz und im RGW den 2. Platz ein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mehr als 50% des Nationaleinkommens der DDR über die Außenwirtschaft umgewandelt wurde.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 63

Die Konzerne Quelle und Ikea und andere verfügen über umfangreich Informationen bezüglich des Handels mit der "maroden DDR", füllte die DDR-Produktion doch die Warensortimente dieser beiden zu einem beträchtlichen Stück in Quantität und Produktpalette mit auf.

Mangelwirtschaft der DDR im Vergleich zu den fortgeschrittenen Industriestaaten?

„Die Fragwürdigkeit des Begriffs ›Mangel‹ als ein Etikett für das realsozialistische System wird an folgendem deutlich: Die Bevölkerung der DDR hatte mit rd. 95kg einen der höchsten Pro-Kopf-Verbräuche an Fleisch und Wurstwaren der Welt (BRD: 76kg) Mangelerscheinungen gab es jedoch bei den Edelfleischarten wie Rouladen, Leber, Bratwürsten, vor allem in der Sommersaison ... Im Jahre 1988 besaßen 54% aller Haushalte der DDR einen PKW (ohne PKW's in Behörden und Einrichtungen). Es gab zu diesem Zeitpunkt wenige fortgeschrittene Industrieländer, die einen solch hohen Besitz an PKW im privaten Bereich aufzuweisen hatten. Was hatte das mit Mangel im eigentlichen Sinne des Wortes zu tun? Es stimmt, das trotzdem oder vielleicht gerade deshalb Wartezeiten für den Bezug eines PKW mit 6, 7 oder 8 Jahren ausgewiesen wurden und die nicht befriedigte Nachfrage nach PKW geradezu als Paradebeispiel – vor allem nach der Wende – die Mangelwirtschaft in der DDR ausgegeben wurde. Es gab keinen Mangel an Möbeln, aber widersinnigerweise an hochwertigen Möbeln, wie Schlafzimmer und Wohnzimmer aus Zeulenroda u.a. ... Wenn man die Mangelerscheinungen im staatssozialistischen System analysiert und sie als eine Konstituante dieses Systems beschreibt, dann gehört dazu auch die Tatsache, dass es gleichzeitig auf wesentlichen, substantiellen Gebieten dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eine vollständige, praktisch für alle erschwingliche Befriedigung grundlegende Bedürfnisse bzw. Bedarfsdeckung gegeben hat, die in den fortgeschrittensten Ländern [dazu zählt unbestreitbar auch die BRD; die Autoren der Ausstellung] heute noch ihresgleichen sucht. Dazu gehört an erster Stelle die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit für jeden Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen.“

Die ironischen Bemerkungen sind verstummt angesichts verbreiteter Massenarbeitslosigkeit, die die verwirklichte Vollbeschäftigung in der DDR mit dem abwertenden Begriff von versteckter Arbeitslosigkeit verbanden. Zu den Bereichen der fast vollständigen Bedarfsdeckung im realsozialistischen System der DDR gehörten im Gegensatz zu großen Defiziten (Mangelerscheinungen) selbst in den fortgeschrittensten Ländern:

Alle Jugendlichen im entsprechenden Alter erhielten eine Facharbeiter-, Fachschul- oder Hochschulausbildung; ihre Übernahme in eine perspektivisch sichere Arbeit war gewährleistet.

60 Prozent aller Kinder im Alter bis zu 3 Jahren wurden in Ganztagskrippen von Fachpersonal betreut; unter Berücksichtigung des 1-1,5jährigen Babyjahres der berufstätigen Mütter war damit der Bedarf voll gedeckt. Alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren konnten ganztägig in Kindergärten versorgt werden. Kinder zwischen dem ersten und vierten Schuljahr konnten einen betreuten Schulhort besuchen.

Die für die gesellschaftlich-sozialen Bereiche eingesetzten umfangreichen Ressourcen (Investitionen, Arbeitskräfte) waren durchaus auch für andere Zwecke einsetzbar. Es war ein Problem der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR, dass der kaufkräftige Bedarf an Dingen des täglichen Bedarfs nicht immer sofort gedeckt werden konnte. Aber gleichzeitig war es möglich, noch heute von keinem marktwirtschaftlich Land erreichte gesellschaftliche Errungenschaften gegen niedriges Endgelt als eine selbstverständliche Lebensgewohnheit in Anspruch zu nehmen ... Wenn man die Erscheinung des Mangels herauslöst aus dem Gesamtensemble der Nachteile und Vorzüge eines Systems, müssen sich daraus Irrtümer und falsche Schlussfolgerungen ergeben.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 235/36

Der Wert der DDR 1989 – Das Volksvermögen der DDR-Bevölkerung

Konzentriert man sich bei der Erstellung einer Bilanz über die Frage – Was war die DDR 1989 ökonomisch wert, auf die ökonomische Grundsubstanz, also auf das produktive Vermögen oder den Kapitalstock der Volkswirtschaft der DDR, dann ergeben sich folgende Zahlen.

Produktives Vermögen

Der Grundmittelbestand allein in den produktiven Bereichen der Volkswirtschaft betrug im Jahr 1988 1,2 Billionen Mark der DDR.

Produktives Vermögen der DDR 1989 in Mrd. M

in der Industrie	767,20
im produktiven Handwerk	5,0
in der Bauwirtschaft	28,0
in der Land- und Forstwirtschaft	170,5
in Verkehr, Post und Fernmeldewesen	159,0
im Binnenhandel	44,5
sonst. produzierende Zweige	27,7
Summe	1200

Q: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 107, aus Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 171

Zusammenfassung

Nach dem von den Autoren dieser Ausstellungen vorgelegten aussagekräftigen Faktenmaterial ist es nicht möglich, auf eine irgendwie geartete wirtschaftliche Pleite der DDR-Wirtschaft zu schließen. Mit Blick auf die in dieser Ausstellungen vorliegenden Wirtschaftsdaten der DDR würde ein Beharren auf der offiziell immer wieder verlauteten These der »wirtschaftlichen Niederlage der DDR« bedeuten, den wirtschaftlichen Bankrot von mindestens 18 der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt zu erklären. Ein ökonomischer Grund, das Wirtschaftssystem der DDR aufzugeben, lag zum Zeitpunkt des Anschlusses der DDR an die BRD offenkundig nicht vor. Die Autoren der Ausstellung sind überrascht, dass im ökonomischen Tabellarium der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt die DDR auf fast allen Gebieten der industriellen Produktion einen Platz einnahm. Zum Zeitpunkt des Anschlusses besaß die DDR den Status eines finanziell erstaunlich soliden mittleren Industriestaates mit beträchtlichen wirtschaftlichen Kapazitäten und Leistungen, die im weltwirtschaftlichen Vergleich weit über Erwartungen bestehen.

Auszug aus der
Verfassung
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 6. April 1968
(in der Fassung vom 7. Oktober 1974)

Artikel 12

(1) Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, die Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.

(2) Der sozialistische Staat gewährleistet die Nutzung des Volkseigentums mit dem Ziel des höchsten Ergebnisses für die Gesellschaft. Dem dienen die sozialistische Planwirtschaft und das sozialistische Wirtschaftsrecht. Die Nutzung und Bewirtschaftung des Volkseigentums erfolgt grundsätzlich durch die volkseigenen Betriebe und staatlichen Einrichtungen. Seine Nutzung und Bewirtschaftung kann der Staat durch Verträge genossenschaftlichen oder gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen übertragen. Eine solche Übertragung hat den Interessen der Allgemeinheit und der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zu dienen.

Artikel 13

Die Geräte, Maschinen, Anlagen, Bauten der landwirtschaftlichen, handwerklichen und sonstigen sozialistischen Genossenschaften sowie die Tierbestände der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und das aus genossenschaftlicher Nutzung des Bodens sowie genossenschaftlicher Produktionsmittel erzielte Ergebnis sind genossenschaftliches Eigentum.

Artikel 14

(1) Privatwirtschaftliche Vereinigungen zur Begründung wirtschaftlicher Macht sind nicht gestattet.

»Der ganze Salat Ost ist etwa 600 Milliarden D-Mark wert«, sagte im Sommer 1990 der Treuhand-Präsident Detlev Karsten Rohwedder ... Das war zwar deutlich weniger als zunächst angenommen. Wäre aber auch nur ein Fünftel davon ausgeschüttet worden, hätte jeder Ostdeutsche 7500 D-Mark erhalten. Das hätte dazu beigetragen, einen systembedingten Nachteil zu mildern: Privatvermögen wie in der alten Bundesrepublik konnte in der DDR niemand aufbauen. Die deutschen Millionäre und Milliardäre sind deshalb fast alle in den alten Bundesländern zu Hause. Nichts trennt Ost und West so sehr wie die Vermögensverteilung.

Es ist richtig, dass dieser Grundmittelbestand infolge der verfehlten Honeckerschen Wirtschaftspolitik, die zu einer Akkumulationsrate und damit zur Begrenzung der Investitionen für Erneuerung und Modernisierung führte, im Durchschnitt überaltert war. Das war und ist kein Geheimnis. Alle nötigen Angaben über den Sachverhalt waren dokumentiert und veröffentlicht. Trotzdem wies dieser Kapitalstock eine beträchtliche Differenzierung auf. Er umfasste zum Teil auch modernste, dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechende Produktionsabschnitte und ganze Betriebe und sogar Branchen. Zu den Produktionsbereichen mit zum Teil modernster Ausrüstung zählten Erdöl- und Erdgasverarbeitung, Produktionslinien der Chemie, der Walzstahlverarbeitung, der Elektronik, des Schwermaschinenbaus, des Schiffsbaus, des Werkzeugmaschinenbaus, der gehobenen Konsumgüterindustrie und die landwirtschaftliche Großproduktion.

Grund und Boden der volkseigenen Betriebe (VEB)

Grund und Boden ist in der Marktwirtschaft ein großer Wertfaktor. Allein unter Verwaltung der Treuhand befanden sich 25 Mrd. Quadratmeter Immobilien. Der Hauptbestandteil des Grund und Bodens der DDR war volkseigen und wurde bezeichnenderweise deswegen auch nach dem Anschluss der DDR an die BRD zu

symbolischen Preisen verscherbelt. Noch 1990 wurden Grund und Boden an Private zu 1 DM je Quadratkilometer verkauft.

Es kann sich nur um grobe Schätzungen handeln, wenn man den von der Treuhand übernommenen Grund und Boden der volkseigenen Betriebe mit rund 400 Mrd. DM annimmt.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 171

Forstflächen, Agrarflächen, volkseigene Güter (VEG)

Nach eigenen Angaben übernahm die Treuhand 1990 in diesen Fundus 40% der Fläche der DDR.

1,6 Mio.	Hektar Agrarflächen
1,7 Mio.	Hektar Wald
300.000	Hektar volkseigene Güter Forstwirtschaftsbetriebe

Q: Breuel, „Treuhand intern“, Ullstein Tb, 1993, S.357/58

Vorsichtig geschätzt handelt es sich bei den angeführten Posten um einen Marktwert in Höhe von 20 Mrd. DM.

Volkseigene Grundstücke und Gebäude als Verwaltungs- und Finanzvermögen

Diese gingen mit dem Einigungsvertrag in das unmittelbare Eigentum des Bundes über. Verwaltungsvermögen ist das für die Erfüllung der Verwaltungsaufgaben notwendige Vermögen: z.B. Rathäuser, Verwaltungsgebäude usw., Finanzvermögen ist alles übrige Vermögen. Nach Angaben des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen wurden der Bundesvermögensverwaltung insgesamt 13.930 Liegenschaften mit 342.173 Hektar Fläche zugeführt. Unter Verwendung bruchstückhaft angeführter Verkaufserlöse repräsentieren diese Liegenschaften einen Wert von 180 Mrd. DM.

Q: Bundesdrucksache 12/5040 vom 25.05.1993

Das Auslandsvermögen

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hatte seinen Wert auf eine Milliarde DM geschätzt. Das dies eher zu niedrig liegt, ergibt sich aus der Feststellung im Jahresbericht der Bundesregierung 1997. Dort heißt es: „Im Rahmen der Wiedervereinigung sind in erheblichem Umfang Auslandsliegenschaften der ehemaligen DDR Bundesvermögen geworden.“ Ein beträchtlicher Teil dieses Vermögens ist in die Nutzung und Verwaltung des Auswärtigen Amtes übergegangen, das sich jedoch einer exakten Bewertung und Offenlegung nicht zugänglich zeigt.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 175

Das Vermögen der Nationalen Volksarmee (NVA)

Bei der NVA handelte es sich um eine moderne, hoch ausgerüstete Armee, deren Ausrüstungen und Liegenschaften in beträchtlichem Ausmaß verwertbar waren und von der Bundesregierung auch verwertet wurden. In der sog. Kategorie I (moderne Ausrüstung, die für die Bundeswehr nutzbar ist) wurde folgendes aufgeführt:

24 MIG-29, 3 Aufkl.-Leitstation-Startrampen 1S91M2(KUB)(SA-6), 3 Sart/Leit.OSA-AK(SA-8), 75 Abschußvorrichtungen IGLA, 2 komplette Fla-Rak-Komplexe SA-5 einschl. 132 Raketen und 24 Rampen, 892 Schützenpanzer BMP-1, 87 Transporthubschrauber MI-8, 6 Transporthubschrauber MI-8S, 25 Transporthubschrauber MI-2, 8 Transporthubschrauber MI-9, 4 Transportflugzeuge L-410S, 12 Transportflugzeuge AN-26, 2 Transportflugzeuge TU-154, 3 Transportflugzeuge IL-62, 1.890 tragbare Fla-Raketen, 347 MP SKORPION, 16 UAW-Schiffe, 12 MSR-Schiffe des Typs 89-2, 9 MSR-Schiffe des Typs 89-1, 8 Landungsschiffe mit Werfern, 4 Landungsschiffe ohne Werfer, 2 Gefechtsversorger

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 176

„Die Bundeswehr hatte am 3. Oktober 1990 insgesamt 2.100 ehemalige NVA-Liegenschaften übernommen. Hiervon nutzt sie nur noch 382 Liegenschaften. 1321 Liegenschaften wurden restituiert oder anderen Gebietskörperschaften zugeordnet. Der Rest dem Allgemeinen Grundvermögen bzw. der THA übergeben.“

Q: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/5040 vom 25.05.1993

Insgesamt ermittelten kompetente Insider einen Wert des Sachvermögens der NVA in einer Höhe von 200 Mrd. DM. Dabei sind Hafenanlagen der Volksmarine, Flugplätze, Werkstätten sowie stationäre Nachrichtenanlagen, stationäre Medizintechnik u.a. nicht enthalten.

- 600 Mrd. DM an Grundmitteln
- 400 Mrd. DM an Grund und Boden der volkseigenen Betriebe (VEB)
- 200 Mrd. DM an Vermögen der Nationalen Volksarmee (NVA)
- 180 Mrd. DM an Verwaltungs- und Finanzvermögen
- 20 Mrd. DM an Forstflächen, Agrarflächen, volkseigene Güter (VEG)
- 1 Mrd. DM an Auslandsvermögen

1401 Milliarden DM in Besitz der Bevölkerung der DDR. Alles in allem handelt es sich bei diesem nicht oder nicht vollständig erfassten Vermögenskomplexen um das Eigentum der Menschen der DDR, das von ihnen erarbeitet worden ist. Das sind fast 85.000 DM pro Kopf der Bevölkerung der DDR, fast 85.000 DM auf jeden Mann, jede Frau, jedes Kind und jeden Greis.

Mit der Aufgabe der eigenen Währungshoheit gab die DDR sich 1. Juli 1990 als eigenständigen Staat auf. Der 3. Oktober 1990 war das politische Epitheton zu dem bereits vollzogenen ökonomischen Anschluss des Staatsgebietes der DDR an den Geltungsbereich des Grundgesetzes, an die BRD. Der Volkskammerbeschluss der am 23. August 1990 noch existierenden DDR vollzieht die Entscheidung zum Anschluss nicht nach einem Gesetz des Staates, in dem die Volkskammer tätig ist, sondern nach dem Gesetz des Staates, dem sie sich anschließt, nach dem Art. 23 des Grundgesetzes der BRD. In Anlagen II-V des Vertrages über die am 1. Juli 1990 stattgefundene Wirtschaftsreform werden die Regelungen festgelegt, welche Rechtsvorschrift der BRD direkt übernommen wird und zu welchen Anpassungen an die bundesdeutsche Rechtsordnung sich die DDR verpflichtet. Damit wurde die Eigentums-Rechtsordnung der DDR schon während der Zeit, in der sie existierte, im wesentlichen beseitigt. Die bundesdeutsche Eigentumsrechtsordnung (siehe Art. 14 des Grundgesetzes) kennt kein Volkseigentum, daher wurde der juristische Anspruch der Bevölkerung der DDR auf ihr Eigentum aufgehoben, dies schon um einiges vor dem offiziellen Tag des Anschlusses der DDR an die BRD. Die Autoren der Ausstellung kommen nicht umhin, diese Vorgehensweise – dass ein Staat auf Basis des Gesetzes eines anderen Staates seinen Anschluss beschließt und damit noch während seiner vollen Souveränität den Anspruch seiner Bevölkerung auf ihr Eigentum beseitigt – als höchst bedenklich zu betiteln. Bedenklich auch die Änderungen der Verfassung der DDR am 17.06.1990. Hier wurden „in Erwartung einer baldigen Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ der Verfassung der DDR „für eine Übergangszeit“ fremde Verfassungsgrundsätze aus dem Arsenal der bundesdeutschen Rechtsordnung unterlegt – so insbesondere die „Freiheitliche Grundordnung“ und die Gewährleistung des Privateigentums auch „an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln“. Damit wurde die durch einen

Volksentscheid am 06.04.1968 von der Bevölkerung der DDR angenommene Verfassung ausgehebelt. Ungeachtet dessen, dass solche substantielle Änderungen der durch einen Volksentscheid angenommenen Verfassung, wie sie dann im rasanten Tempo vorgenommen wurden, rechtlich zulässig nur durch einen Volksentscheid hätten erfolgen dürfen. Juristisch ist diese Vorgehensweise als unwirksam zu beurteilen.

Q: E. Buchholz, „Enteignung der Ostdeutschen, eine juristische Betrachtung“, aus „Unfrieden in Deutschland – Weissbuch“ Band 6, Berlin 1999

Ob man die fehlende juristische Legitimation der Wegbereitung eines juristisch genauso bedenklichen Lösens des Anspruchs von 16,5 Mio. Menschen als einen Makel bezeichnet oder hier an einen klassischen Hochverrat im Sinne der »Einverleibung des Staatsgebietes der DDR in einen anderen Staat« (nach §96 Abs. 1 Nr.2 StGB der DDR) denken möchte, ist vom Grad der Ernsthaftigkeit des Betrachteten abhängig.

„Nüchtern betrachtet, handelt es sich um eine gigantische Enteignung der Bevölkerung der DDR. Ihr wurde das auf ihrem Gebiet befindliche, zu ihr gehörende und in 40 Jahren durch harte Arbeit geschaffene und vermehrte produktive Vermögen entzogen.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 173

In Form und Ebene dieser Enteignung kann wie folgt unterschieden werden:

a) Das staatliche Volkseigentum, also das Vermögen der staatlichen Organe der DDR, übernahmen bundesdeutsche Behörden – ohne jeden Ausgleich oder Entschädigung, als hätte es nie einem Anderen gehört.

b) Ein Teil des Volkseigentums (volkseigene Betriebe) ging unter Verwaltung der Treuhand. Diese sollte diese Werte als Eigentum der Bevölkerung der DDR wahren. Somit war dies noch keine Privatisierung.

Kurz vor der Wirtschaftsreform wurde die Treuhand mit einer vollkommen entgegengesetzten Aufgabe betraut: „§ 1 Vermögensübertragung (1) Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren. ...“, also mit der Liquidation des Volkseigentums. Dies alles zu Zeiten der vollen Souveränität der DDR!

Q: Auszug aus dem Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) vom 17.06.1990

„Juristisch kann solches nicht anders als als Hochverrat angesehen werden. Denn es handelt sich um nichts Anderes, als um die Beseitigung des sozialistischen Staats und Gesellschaftsordnung der DDR (nach §96 Abs. 1 Nr.2 StGB der DDR)“

Q: E. Buchholz, „Enteignung der Ostdeutschen eine juristische Betrachtung“, aus „Unfrieden in Deutschland – Weissbuch“ Band 6, Berlin 1999

„Ich kenne kein Volk auf Erden, das so enteignet worden ist.“

Q: Egon Bahr, über die Ostdeutschen, Kölner Stadtanz., 22.05.1996

Fassen die Autoren der Ausstellung die juristischen Fakten zusammen, so ist zumindest zu sagen: Die Bevölkerung der DDR wurde nicht informiert noch gefragt zum Löschen ihres Anspruches auf ihr Eigentum, die DDR. Die Autoren der Ausstellung definieren diese Vorgehensweise als rechtswidrig und kommen so zum Schluss:

Wenigstens ökonomisch gab es keine Wiedervereinigung der DDR mit der BRD. In Anbetracht des wirtschaftlichen Reichtums, also des Volkseigentums – dazu gehörte Territorium der DDR, das widerrechtlich der Bevölkerung der DDR entzogen wurde – lässt sich wenigstens ökonomisch gesehen nur von einer Annexion ausgehen. Das Volkseigentum, die DDR, hat nicht nur vollständig ihren Besitzer gewechselt, sondern ein riesiger Teil des Volkseigentums wurde durch die Treuhand vernichtet.

Sprachen wir noch 1989 von einem mittleren Industriestaat DDR, der unter den 33 wirtschaftlich stärksten Staaten Rang 15 einnahm, so erwirtschaftet heute der Industrierest der angeschlossenen DDR weniger als 14%⁽¹⁾ des Bruttowerts der BRD.

(1) Q: „Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in den neuen Ländern“, 25.09.1996, BMWJ-Dokumentaion Nr.407

Jahr	Rückgang des BIP	Rückgang der Industrieproduktion
1990	17,9%	28,7%
1991	22,9%	55,7%

Q: R. Poll, „Herausforderung Ostdeutschland“, Berlin 1995

Die 4jährige Arbeit der Treuhandanstalt (THA) endete mit einem Schuldenberg von 260 Mrd. DM! Man kann wohl davon ausgehen, dass dies die weltgeschichtlich größte Vernichtung wirtschaftlichen Reichtums zu Friedenszeiten ist. Hier weiter einzugehen auf die Art und Weise der Treuhand, halten die Autoren der Ausstellung für überflüssig. Wie eine bundesdeutsche Behörde mit annektiertem Besitz umgeht, ist sicher nicht uninteressant, aber nicht Gegenstand dieser Ausstellung. Doch wollen wir einen Blick auf die Verteilung des ehemaligen Volkseigentums unter Verwaltung der Treuhand nach dessen Arbeit werfen. Letztlich besitzen diese Zahlen genügend Aussagekraft. Einen Kommentar sparen wir uns.

„Der Anteil in ostdeutscher Hand sei sehr niedrig. Nach einer Expertenbefragung des Treuhand-Untersuchungsausschusses des Bundestages seien bis Ende 1993 (in Arbeitsplätzen) bezogen auf den Unternehmensbestand

87% an westdeutsche,

7% an ausländische und nur

6% an ostdeutsche Investoren

verkauft worden. Bei heute durchschnittlich 50% der westdeutschen Kapitalausstattung würde die Eigentumsquote der Ostdeutschen am Produktivvermögen ganze 3% betragen“

Q: Deutschlandpapier des Willy-Brandt-Kreises, 1997

»Wirtschafts-, Währungs- und Sozialreform«: Todesurteil der DDR-Volkswirtschaft

„Mit der Einführung der D-Mark waren die Tage der DDR gezählt und alle Stufenpläne reif für den Papierkorb. ...

Jetzt kostete alles, was aus dem Westen kam, plötzlich nur noch ein Viertel. Na endlich! Wie sollten Ostdeutsche das wahre Leben kennen lernen, wenn sie nicht konsumierten! Alles, was man dazu brauchte, kam aus dem Westen: Autos, Klamotten, Fernseher, Fressalien. Freiheit gleich Konsum: so einfach war die Lösung. Ein kapitalistisches Manifest in seiner beschränktesten Form. Allenfalls tauglich als Konjunkturdoping für westliche Firmen, die ihre Waren nun auf den ostdeutschen Markt warfen. ... Statt Waren und Dienstleistungen zum bisherigen marktgerechten Kurs von 4,3 : 1 anbieten zu können, mussten ostdeutsche Hersteller ihre Produkte im Ausland mit einem Schlag vier Mal so teuer verkaufen. Die viel zu teuren ostdeutschen Produkte blieben liegen.“

Q: Herles, Wolfgang: *Wir sind kein Volk - Eine Polemik*, 2005 München (71, 105)

Das Aufwertungs-drama führte dazu, dass die meisten DDR-Produkte unverkäuflich waren. Damit verloren die Unternehmen ihre angestammten Absatzmärkte in Mittel- und Osteuropa. Ganze Industrien schrumpften auf klägliche Restbestände zusammen, in den meisten Branchen verschwanden neun von zehn Arbeitsplätzen.

Q: Müller, Uwe: *Supergau Deutsche Einheit*, Hamburg 2006 (49)

Die Währungsunion brachte für die [Waren aus der] DDR eine De-facto-Aufwertung von etwa 300 Prozent. Auch ein einigermaßen stabiles Land in Westeuropa wäre durch diesen Aufwertungschock in eine tiefe Anpassungskrise abgestürzt...

Q: Blessing, Damm, Werner: *Die Schulden des Westens*, Berlin 2006 (27) (Dümke/ Vilmar: *Kolonialisierung der DDR*, 1996, Münster)

Die ostdeutschen Unternehmen [wurden] erst durch den einzigartigen Aufwertungshock nachhaltig geschwächt schutzlos gegen übermächtige Wettbewerber in ein aussuchtloses Rennen geschickt. ... die Ostbetriebe hatten nicht den Hauch einer Chance.

Q: Müller, Uwe: *Supergau Deutsche Einheit*, Hamburg 2006 (48)

Am 11. November 1993 wurde dem ehemaligen Treuhanddirektor Dr. Rainer Gohlke vor dem Ausschuß vom Vorsitzenden Dr. Otto Schily die Frage gestellt: *"Wenn man mal eine vergleichsweise Rechnung aufmachen würde – für die alten Bundesländern könnte man ja auch sicherlich bestimmte Schätzungen vornehmen. Da Sie als sachverständiger Zeuge geladen sind, frage ich Sie, wie die Schätzung aussehen würde nach einer Aufwertung der hiesigen Währung innerhalb eines Jahres um 400 bis 500 Prozent. Sie haben ja einen großen Erfahrungsreichtum in der Wirtschaft und auch Vorstellungsgabe."*

Sachverständiger Zeuge Dr. Gohlke: *"400 bis 500 Prozent? Das hat einen dramatischen Einfluß. Wenn Sie sich mal überlegen, wir sind das Land, das die größte Exportabhängigkeit hat in der ganzen Welt. ... Sie können 4 bis 5 Prozent auffangen durch Produktionssteigerungen, aber solche Zahlen, das können Sie vergessen, da sind Sie pleite, ruckzuck, da haben wir den gleichen Effekt wie in der DDR."*

Niemand widersprach Dr. Gohlke. Die "Wegemüdigkeit" der DDR-Wirtschaft war also vor allem durch die Über-Nacht-Aufwertung entstanden! Wenn ein Mann wie Dr. Gohlke diese Frage ohne langes Nachdenken beantworten kann, liegt auf der Hand, dass sich diejenigen, die diese "Aufwertung" beschlossen hatten, über die Folgen völlig im klaren waren: "Pleite ruckzuck!"

"Tatsache ist, daß im Grunde genommen in dem Augenblick, wo die Währungsunion kam, kein Unternehmen mehr wettbewerbsfähig war ... Ich habe gesagt, es wäre gut gewesen, wenn man das hätte verschieben können, aber der Druck war so groß ..."

Damit ist die Legende mit der laufenden Nummer 1 demaskiert. Legenden sind nachlesbare Märchen, die Legende von der "maroden" DDR-Wirtschaft indes eine Lüge! Welche Stärken und Schwächen die DDR-Wirtschaft auch gehabt haben mag, ruiniert wurde sie durch die Blitzaufwertung der Währung ohne Vorbereitung. Das ... wurde von kompetenten Wirtschaftsführern und Bonner Beamten bestätigt.

Q: Holm, Knut: *Wie wir verhöckert wurden - Fakten - Lügen- Beweise - Urteile zum Thema TREUHAND*, Berlin, 1994 (24,25,26)

Das Navigatiossystem der Alt-Nazis

In den jugendlichen Jahren der Bundesrepublik existierte ein eigener Planungsstab, der im Auftrag der Bundesregierung Vorbereitungen für eine mögliche Wiedervereinigung treffen sollte. Dieser "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" war im März 1952 unter Nachkriegskanzler Konrad Adenauer gegründet worden. In periodischen Abständen veröffentlichte der Beirat umfangreiche Tätigkeitsberichte und analysierte akribisch die Verhältnisse der DDR. "Vorbereitungen auf die Deutsche Einheit" lautete der Titel des vierten Berichts, in dem 1966 zu lesen war: "Es genügt nicht, allgemein die deutsche Einheit zu beschwören und die Wiedervereinigung zu fordern. Man muss konkret auf sie hinarbeiten und sie konkret vorbereiten." ... Dem Beirat gehörten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an, die ein breites Bündnis repräsentierten: CDU, SPD, FDP und CSU, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bundesverband der deutschen Industrie, der Deutsche Bauernverband, der Deutsche Städtetag – sie alle waren dabei.

Die historischen Tatsachen belegen in der Tat eine jahrzehntelange Vorbereitung. Die Strategie für die feindliche Übernahme der DDR wurde bereits in den 50er und 60er Jahren durch die Adenauer-Regierung und ihr politisches und wirtschaftliches Management ausgearbeitet. Die geistigen Väter waren gestandene Nazigrößen.

Mit dem Beschluss der Adenauer-Regierung vom 12. Oktober 1952 wurde der "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" gebildet.

Aufgabe des Forschungsbeirates war es, "die bei der Wiedervereinigung Deutschlands notwendigen Sofortmaßnahmen" wissenschaftlich zu belegen. Zum Vorsitzenden des Forschungsbeirates wurde Dr. Friedrich Ernst berufen. Dieser verfügte über eine beachtliche Karriere im Nazireich. 1935 war er von Adolf Hitler zum Reichskommissar für das deutsche Kreditwesen ernannt worden. Von 1939 bis 1941 oblag ihm als Reichskommissar die Verwaltung des "feindlichen Vermögens", d.h. des Vermögens der von Hitlerdeutschland überfallenen

und okkupierten europäischen Staaten. Er war maßgeblich an der Ausarbeitung von Richtlinien für die Ausplünderung der überfallenen Sowjetunion beteiligt.

Mitglieder des Forschungsbeirates waren weitere Nazi-Größen:

- der Naziökonom Karl C. Thalheim
 - Immanuel Fauser und Matthias Kramer, Mitglieder des SS-Reichskommissariats für die "Festigung deutschen Volkstums"
 - Bernhard Skrodzki, "Überlebensplaner" der Reichsgruppe Industrie 1944/45
- Weitere Alt-Nazis arbeiteten im "Forscherkreis", dem wichtigsten Arbeitsgremiums des Beirates.

Das Bundeskabinett unter Konrad Adenauer segnete die Tätigkeit dieses nazistisch durchsetzten Forschungsbeirates am 17.08.1954 ab.

Allein die Zusammensetzung des Forschungsbeirates und seiner Arbeitsgremien mit Personen, die Erfahrungen über die Verwaltung von Gebieten besaßen, die durch den deutschen Faschismus erobert wurden, beweist, dass es der Bundesregierung nie um eine "Vereinigung" Deutschlands, sondern von vorherein um Annexion und Anschluss der deutschen Ostgebiete ging. Folgerichtig beschreibt der Gestalter des Einigungsvertrages, Wolfgang Schäuble, in seinem Buch "Der Vertrag": "Ich musste Herrn de Maiziere immer wieder darauf hinweisen, dass es sich um einen Anschluss der DDR und nicht um eine Vereinigung von zwei Staaten handelt."

Das Ergebnis der Arbeit des Forschungsbeirates wurde in einem am 16. Dezember 1960 vom Plenum verabschiedeten Dokument niedergelegt. Es trug die treffende Überschrift "Empfehlungen zur Verfügung der volkseigenen Industriebetriebe der SBZ in die nach der Wiedervereinigung zu schaffende, im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung"

Folgerichtig beinhalten die Dokumente des Forschungsbeirates sowohl grundsätzliche als auch bis ins Detail ausgearbeitete Maßnahmen zu Überführung der DDR-Wirtschaft in die westdeutsche Marktwirtschaft. Vergleicht man diese "Empfehlungen" mit den praktischen Maßnahmen nach 1990, so ist ohne Einschränkungen festzustellen: Die Empfehlungen der Alt-Nazis wurden 30 Jahre später Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt. ...

Es herrschte ein Goldrausch. Das neue Eldorado im Wilden Osten lockte Scharen von Glücksrittern, Spekulanten und Profiteuren aus dem Westen an. Unvorstellbare Mengen Geld wurden verbrannt. In blindem Glauben, die blühenden Landschaften ließen sich herbeizaubern, erfand die Regierung großartige Subventionen für Investoren. Jeder hielt die Hand auf, auch Unternehmen, deren Gewinne alle Erwartungen übertrafen, sahten fleißig ab. ... Wer Geld im Osten einsetzte, konnte mit massiven steuerlichen Erleichterungen rechnen – unabhängig davon, ob die Investitionen sinnvoll waren, sich irgendwann rentierten und Arbeitsplätze schufen. Auch dann, wenn das eingesetzte Kapital keine Erträge lieferte, sondern nur Verluste, machten die Investoren immer noch ein Schnäppchen. Milliarden an Steuermitteln wurden an clevere Abschreibungskünstler verschenkt, statt damit den "Aufbau Ost" zu fördern.

Q: Herles, Wolfgang: *Wir sind kein Volk - Eine Polemik*, 2005 München

Insbesondere Handelsketten, Autokonzerne, Bauunternehmer und Finanzinstitutionen haben im Zuge der Wiedervereinigung ihre Gewinne explosionsartig gesteigert. Die Gewinne aller Kapitalgesellschaften (AG, GmGH) legten um 75 Prozent zu. (a) Die Westdeutschen Kämmerer hätten ohne die deutsche Einheit in der Zeit von 1990 bis 2003 rund 400 bis 500 Milliarden Euro weniger eingenommen. (b)

Q: Blessing, Damm, Werner: *Die Schulden des Westens*, Berlin 2006

(a) PDS im Bundestag: *Transferleistungen im geeinten Deutschland*

(b) Schuhmann, Harald: *Wer nicht richtig rechnet*, *Tagespiegel vom 10.10.2004*

Die mit dem Prinzip 'Waren hin- Geld zurück' eingeleiteten Prozesse führten in letzter Konsequenz dazu, daß inzwischen in Deutschland 7 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, daß es aber gleichzeitig über 25.000 Einkommensmillionäre und eine Millionen Vermögensmillionäre gibt.

Kaden, Ute; Hermann, Wolfgang: *DDR contra Agenda 2010 Streitschrift für Alternativen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, 2004
Berlin, (20) G. Ogger "Absahnen und Abhauen" S. 56

Die im Zuge der Privatisierung des ehemaligen DDR-Volkvermögen stattgefundenen Umschichtung von Ost nach West stellt eine Form der Enteignung dar. Umgekehrt bedeutete die Privatisierung für die westdeutschen Unternehmen und privaten Haushalte ... eine An- und Übereignung von Vermögenswerten ...

Q: (Busch, Ulrich in Fritz Vilmar Hrsg.: *Zehn Jahre Vereinigungspolitik – Kritische Bilanz und humane Alternativen*, trafo-Verlag, Berlin 2002, S. 162)

"1994 wurde das Vermögen der DDR-Staatsbank in die KfW überführt..."

Q: Kaden, Ute; Hermann, Wolfgang: *DDR contra Agenda 2010 (118)*

Anmerkung: KfW ist die bundesdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau, sie verwaltet das ERP-Sondervermögen (European Recovery: »Marshallplan«)

Der Bankendeal: einmalig in der Finanzgeschichte

Westdeutsche Banken und Versicherungen haben das ostdeutsche Filialnetz vollständig übernommen. Das erste Geschenk für die Banken erfolgte mit der Währungsunion. Als einziges großes gesellschaftliches Vermögen wurde das Eigenkapital der Banken bei der Währungsunion 1:1 umgestellt. (Durchschnitt bei der Umstellung der Betriebs-, Bevölkerungs- und Bankenvermögen; 1,81:1).

Der eigentliche Bankendeal erfolgte aber durch die von der Bundesregierung beschlossene "Altschuldenregelung" für die volkseigenen Betriebe. 80 % aller ehemaligen VEB wurden von DDR-Krediten "entlastet".

Dieser Coup lief in vier Schritten ab.

1. Schritt: Zunächst erklärte man Mittel des Staatshaushaltes, die den volkseigenen Unternehmen zur Finanzierung planmäßig über die Banken der DDR zur Verfügung gestellt wurden, zu Krediten im marktwirtschaftlichen Sinne. Dabei wurde mit Absicht "übersehen", dass die volkseigenen Betriebe der DDR keine selbstständigen Wirtschaftseinheiten wie Aktiengesellschaften oder GmbH waren. Sie hatten kein Eigentum, weder an Gebäuden, Produktions-, noch an Umlaufmitteln. Denn der Staat war der Gesamteigentumsträger. Er leitete die gesamte Wirtschaft wie ein großer Konzern. Die von den volkseigenen Unternehmen erwirtschafteten Gewinne wurden jährlich an den Staat abgeführt. Im Gegenzug stellte der Staat mit "seinen" Unternehmen mit den Jahres- und Fünfjahresplänen die materiellen und finanziellen Mittel nach gesamt-volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten für die Produktion zur Verfügung.

Die volkseigenen Banken waren dabei das Instrument für die planmäßige Bereitstellung der finanziellen Mittel an die Unternehmen und für die Kontrolle der Verwendung. Selbst westdeutsche Ökonomen vertraten 1990 einen solchen Standpunkt.

Der letzte DDR-Ministerpräsident Hans Modrow

stellte dazu fest:

"Für uns bedeutete der Geldkrieslauf, der Umgang mit Krediten in Banken und Sparkassen, stets eine unaufgeregt hingegenommene Normalität, die sich ja immer innerhalb der volkseigenen bzw. staatlichen Einrichtungen vollzog. Zinsen zählten nicht als hohe Last."

Die Abwickler der DDR deklarierten jedoch diese Planmittel zu "Altschulden" und belasteten die neuen Eigentümer damit.

2. Schritt: Auch die Banken der DDR, mit Ausnahme der Staatsbank, der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken, wurden durch die Treuhand übernommen. Bei der Privatisierung der Banken gingen die "finanzielle Altschulden" als offene einklagbare Forderungen auf die kaufende Bank über. Diese Forderungen wurden zu Geschenken der Treuhand an die neuen Eigentümer, die kaufenden oder "erbenden" Banken, indem diese für diesen "Erbeil" keinen Kaufpreis zu zahlen hatten.

3. Schritt: Damit die übernehmenden Banken die ihnen geschenkten Forderungen in jedem Fall realisieren können, wurde im Vertrag über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion festgelegt, (Anlage 1, §4, Artikel 8), dass bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners die Bundesregierung eintritt. Dazu wurde zu Lasten der Steuerzahler der so genannten "Ausgleichsfonds" – heute als "Erblastentilgungsfonds" bezeichnet – geschaffen. Bis September 1995 betrugen die Ausgleichsforderungen gegenüber dem Bund annähernd 100 Mrd. DM. Die mit Absicht gewählte Bezeichnung "Erblasten" diskriminiert die ehemaligen DDR-Bürger als Schuldner. Gleichzeitig suggeriert diese Bezeichnung beim westdeutschen Bürger, dass er fremde finanzielle Schulden tragen müsse.

4. Schritt: Neben dem Geschenk der Forderungen erhielten die übernehmenden Banken ein zweites. Die Treuhand verkaufte die Banken der ehemaligen DDR zu unverhältnismäßig niedrigen Preisen. "So zahlte die Berliner Bank für das aus der Staatsbank der DDR ausgegliederte Berliner Stadtkontor lediglich 49 Millionen DM, übernahm aber gleichzeitig Altschuldenfonds über 11,5 Milliarden DM." (e)

Q: *Blessing, Damm, Werner: Die Schulden des Westens, Berlin 2006 (37) (Tagesspiegel vom 1. Juli 2005)*

Die Treuhand verkaufte insgesamt an die Banken Forderungen in Höhe von 44 Milliarden DM und begnügte sich dafür mit einem Erlös von 0,8 Milliar-

den DM. Damit betrugen die vom Bund über Steuergelder abgesicherten und für die Banken einklagbaren Forderungen das 55-fache des von den Westbanken gezahlten Übernahmebetrages. Die laufenden Zinsen sind dabei noch nicht mitgerechnet. Der Gewinn der Banken 1990 aus der "Aneignung" des Ostens wird mit 150 bis 200 Milliarden DM eingeschätzt.

Die Erfindung der "Altschulden" diente neben der Berechnung durch die übernehmenden westdeutschen Banken auch der Deindustrialisierung der ostdeutschen Länder. Die Nachfolger der ehemaligen volkseigenen Betriebe waren unversehens mit rund 205 Milliarden DM "verschuldet". Das trieb die meisten in den Ruin. Auf die Kommunen und Genossenschaften hatten die "Altschulden" die gleiche Wirkung. So war die Wohnungswirtschaft auf einem Schlag mit ca. 250 Milliarden DM "verschuldet".

Der "Tagespiegel" entlarvte dieses in der Finanzgeschichte wohl einmalige Betrugsgeschäft in einem aktuellen Beitrag. Aus Anlass des 15. Jahrestages der Währungsunion beschreibt er nicht nur den Vorgang als "atemberaubende Volte", sondern auch die Rolle, die der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, der jetzige Bundespräsident, Horst Köhler dabei gespielt hat.

"Auf den Tag genau vor 15 Jahren vollzog sich ein waghalsiges Experiment, das Köhler als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium maßgeblich vorbereitet und durchgezogen hat: die Währungsunion ... Eines der extremsten Kapitel der Währungsunion ist der Ausverkauf der ostdeutschen Banken ...

Es war auch einfach. Für einen Spottpreis hatten westdeutsche Banken die staatlichen Banken der DDR gekauft. Die neuen Eigentümer übernahmen damit auch die vermeintlich auf Krediten basierenden, ausgewiesenen Forderungen an die DDR-Unternehmen. Gleichzeitig erhöhte die Volkskammer den bis dahin nahe null liegenden Zinssatz auf über zehn Prozent. Da allen Beteiligten klar war, dass die meisten unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe ihren Verpflichtungen nicht würden nachkommen können, garantierte die Bundesregierung den Ausgleich aus dem Staatshaushalt ..."

Der Bundesrechnungshof stellte in einem "streng vertraulichen" Bericht dazu fest:

"Die Treuhandanstalt, für die Köhler zuständig war, und das Bundesfinanzministerium hätten Steuergelder in Milliardenhöhe verschleudert."

Q: *Blessing, Damm, Werner: Die Schulden des Westens, Berlin 2006*

Arbeit der Treuhand anhand der „Abwicklung“ einiger Kombinat und Betriebe der DDR. Konkrete Informationen über den Verlauf der Enteignung und Zerstörung der DDR-Wirtschaft, anhand der einzelnen Betriebe, Kombinate, Objekte der Landwirtschaft, des Handels und der Verwaltung der DDR sind äußerst aufschlussreich und äußerst umfangreich und eigentlich genug Stoff für eine eigene Ausstellung. In selben Maße sind diese Informationen nur sehr aufwendig zusammen zu tragen.

Diese Liste ist noch sehr unvollständig und wird von den Autoren der Ausstellung ständig erweitert. In Zukunft solle auch konkrete Informationen über den Kampf der Belegschaften und den Umgang mit den Arbeitern der einzelnen Betriebe in dieses Sachgebiet einfließen.

Aluhett

... einer der größten Subventionsskandale in Ostdeutschland. ... Im Metallunternehmen Aluhett im Mansfelder Land arbeiten 2003 noch rund 40 Beschäftigte. Keine besonders eindrucksvolle Zahl, wenn man bedenkt, dass der Staat bis Ende der neunziger Jahre über 544 Millionen D-Mark in den einstigen Großbetrieb gepumpt hatte. Erst spendierte die Treuhand viel Geld, dann zeigte sich das Land gönnerhaft.

Bereits die erste Privatisierung durch einen Detmolder Geschäftsmann schlug fehl, was 150 Millionen D-Mark kostete. ... Neuer Eigentümer wurde die höchst undurchsichtige Triacom Holding.

Q: Müller, Uwe: Supergau Deutsche Einheit, Hamburg 2006 (181)

Kombinat VEB Kinderfahrzeuge Zekiwa

Nach 1945 ordnete die sowjetische Besatzungsmacht die Verstaatlichung an. Anfang 1950 schlossen sich neun volkseigene Betriebe zusammen, und so entstand 1970 das Kombinat VEB Kinderfahrzeuge Zekiwa. Im April 1972 lief der sechsmillionste Kinderwagen vom Band. Da war Zekiwa längst größter Kinderwagenproduzent Europas. Jetzt wurden siebenmal mehr Kinderwagen montiert als 1950 - das entsprach 4000 Stück pro Arbeitstag. Man exportierte in

20 Länder, immerhin ein Fünftel war für den Binnenmarkt reserviert. Und dort ließ die Nachfrage kaum zu wünschen übrig, denn in der DDR wurden mehr Kinder geboren als in der Bundesrepublik. ... Doch dann kam die Wende und ein Geburtenknick ohne Beispiel. Er machte nicht nur Hebammen arbeitslos, sondern gab auch die angestammte Industrie dem Siechtum preis. Im Februar rollte Zekiwa in die Pleite. ... Wo ein kompletter Wirtschaftszweig einfach im Museum verschwindet, obwohl seine Erzeugnisse konkurrenzfähig sind - da läuft etwas verkehrt.

Q: Müller, Uwe: Supergau Deutsche Einheit, Hamburg 2006 (109)

VEB Wärmeanlagenbau Berlin

Einer der markantesten, aber durchaus "branchenüblich" Deals war die Abwicklung des VEB Wärmeanlagenbau Berlin - zu DDR-Zeiten ein führendes RGW-Unternehmen bei der Planung, Konstruktion, dem Bau und der Wartung von Wärmekraftwerken. Im Jahre 1990 kommt ein gewisser Herr Rothmann zur Treuhand und stellt sich als Beauftragter eines millionenschweren Schweizer Firmenimperium vor. Er "garantiert" gegenüber der Treuhand den Erhalt von 50% der Belegschaften. Daraufhin kauft er 1991 das Unternehmen für 2 Millionen DM. Allein die Immobilien des VEB waren 120 Millionen wert, Bargeld lag für annähernd 200 Millionen auf Firmenkonten oder konnten aus Altverträgen abkassiert werden. Diese Firmenkonten wurden systematisch geplündert, allein 30 Millionen Bargeld hat sich der lebensfrohe Herr auf private Karibikkonten überwiesen. Nachdem alles weg war, gingen das Unternehmen 1994 in Konkurs, die 700 Arbeiter in die Arbeitslosigkeit und Herr Rothmann in die Karibik. Danach verkaufte das Unternehmen die Immobilien, die alleine für das Berliner Gelände 170 Millionen DM erbrachten. Hätten die verantwortlichen Treuhändler nur bei der Auskunft der Creditreform angefragt, wäre der Schwindel von vornerein aufgefliegen. Die "millionenschwere" Schweizer Firma hatte ganze 30 Mitarbeiter, war in akuten Zahlungsschwierigkeiten und unterhielt Briefkastenfirmen in Lichtenstein.

Q: Blessing, Damm, Werner: Die Schulden des Westens, Berlin 2006 (32) (Super-Illu 5/1997; BAMS 19.01.1997; Der Spiegel 10.07.1995)

Der 1.201 Mitarbeiter starke Betrieb VEB Wärmeanlagenbau wurde in Wärmeanlagen Berlin GmbH (WBB) umbenannt und 1991 von der Treuhand für 2 Millionen DM an das unbekannt Schweizer Unternehmen Chematec verkauft. Spätere Ermittlungen

ergaben einen Wert von 70 Millionen DM. Der Inhaber von Chematec Michael Rottmann trieb das Unternehmen in die Insolvenz, indem er die Gelder von den Firmenkonten abhob und Grundstücke verkaufte. Die entwendeten Gelder entsprachen einem Wert von 200 Millionen DM. Nach dem Bankrott des Unternehmens floh Rottmann in die USA. Im September 2000 wurde der Oberhausener in London gestellt und in einem Vergleich mit der BvS wurde vereinbart, dass Rottmann 20 Millionen Euro zurückzahlen muss. Bisher ist immer noch unklar, wer die Mittäter waren.

Q: Wikipedia

Schwermaschinenkombinat SKET Magdeburg

Zu DDR-Zeiten waren im SKET 30.000 Menschen beschäftigt, die einen Umsatz von 3,7 Milliarden Mark insbesondere in Form von Walzwerksausrüstungen, Draht- und Kabelwerken und Anlagen für die Baustoffindustrie realisierten. Ein hoher Anteil ging in den Export in sozialistische Länder. Dem am 22. August 1990 konstituierten Aufsichtsrat gehörten u.a. an:

- Bernd Kosegarten, Unternehmenberater, Vorsitzender
- Jürgen Peters, damals Bezirksleiter der IG Metall Hannover, Stellvertreter
- Heinrich Weiss, Vorstandschef bei Schloemann-Siemag
- Ruppert Scholz, Ex-Verteidigungsminister der BRD
- Bernd Thiemann, Vorstandssprecher der Norddeutschen Landesbank

Neben den "politischen Größen" war bei dieser hochkarätigen Zusammensetzung besonders delikat, dass mit dem Vorstandschef von Schloemann-Siemag ein unmittelbarer Konkurrent am Entscheidungstisch saß.

"So sei es denn ... nur noch darum gegangen, Einblick in die Kundenkontakte zu erhalten und mögliche Aufträge zu bekommen. Dabei ist auch gegenüber langjährigen Geschäftspartnern von SKET-Unternehmen mit dem Argument operiert worden, dass es höchst ungewiss sei, wie lange diese Treuhandbetriebe überhaupt noch bestehen würden ... Das wirft die Frage auf, die auf viele ostdeutsche

Unternehmenszutritt: beeinträchtigt die "Aufsicht" durch Branchenkonkurrenten nicht von vorn herein die potentiellen Entwicklungsmöglichkeiten?" (a)

Im Fall SKET, wie anderweitig auch, war das westdeutsche Konzept schlüssig. Von ursprünglich 18 Betrieben des Kombinates überlebten 8. Allein im Stammbetrieb ging die Belegschaft von 13.000 auf 1.000 zurück.

Q: (Hrsg.: Wochenzeitung die Wirtschaft: Kombinate - Was aus ihnen geworden ist - Reportagen aus den neuen Ländern, München, 1993)

TAKRAF Leipzig

Klaus von Dohnanyi, Aufsichtsratsvorsitzender für die Abwicklung des Kombinates TAKRAF Leipzig und gleichzeitig Berater der Treuhand verkündete freimütig, dass "er auf die Peanuts [für den Aufsichtsrat] verzichten kann, weil die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger BvS dem Patrioten Klaus von Dohnanyi für seine Beratertätigkeit pro Arbeitstag 2.500 DM überweist. Insgesamt steht der Titel bei 3.389.000 DM."

Q: Jürgs, Michael: Die Treuhänder, Leipzig, 1997, S. 224

Stickstoffwerte in Piesteritz

- gekauft von der SKW Trostberg AG für 1 DM
- Fördermittel bezogen 953 Millionen DM

Binnen 5 Jahren (1990-1995) vernichtete die Treuhand 3.000.000 Arbeitsplätze. Heute liegt die Arbeitslosenquote im Osten mit 18,2% immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Westen mit 9,1 Prozent. Hinter den offiziellen Zahlen steckt eine unüberschaubare Dunkelziffer, die sich speist aus Kurzarbeitern; Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung; ABM; SAM; „Rentnern“, die Rente wegen Arbeitslosigkeit beziehen; Asylbewerbern ohne Job-Erlaubnis; Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz, Arbeitslosen mit Sperrzeit; nicht gemeldeten Arbeitslosen, v.a. Frauen und Älteren, die gerne arbeiten möchten; Personen in 420-Euro-Jobs, die gerne voll arbeiten würden – es handelt sich wohl um eine mehr als optimistische Schätzung, geht man im Osten von einer realen Arbeitslosenquote von über 40% aus.

Was ist das Gebiet der ehemaligen DDR heute wert?

Der Vorkriegsstand der Produktion wurde in Ostdeutschland nach etwa 5 Jahren wieder erreicht. Das Erreichen des Produktionsstandes der DDR 1989 ist bis heute, nach mehr als 16 Jahren, nicht ansatzweise festzustellen.

Die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeorganisationen hatten bis Ende 1997 nach eigenen Angaben, bezogen auf einen Bruttostand von 12.354 Unternehmen:

Dieser Prozess war verbunden mit einer Deindustrialisierung, wie es sie in der Neuzeit in vergleichbarem Ausmaß nicht gegeben hat.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert?“, Berlin 2000

Sprachen wir noch 1989 von einem mittleren Industriestaat DDR, der ein beträchtliches Maß an Forschungs- und Entwicklungsarbeit für seine Wirtschaft leistete – die DDR war durch den gegen sie gerichteten Wirtschaftskrieg und die Embargopolitik gezwungen mit ihrer Forschung und Entwicklung für 50% des gesamten Weltsortiments an Ausrüstung und Maschinen zu sorgen – so sank das Forschungs- und Entwicklungspotential auf 17% gegenüber dem Stand vor 1989 ab. Sprachen wir noch 1989 von einem mittleren Industriestaat DDR, so zählt heute die Europäische Union die ostdeutschen Länder zu den ärmsten Regionen Europas, weil das Pro-Kopf-Einkommen nur 65% des europ. Durchschnitts erreicht. „Das Bruttovermögen je ostdeutschen Haushalt betrug 1997 etwa 40% desjenigen westdeutscher Haushalte. Seither hat sich dieses Verhältnis nicht wesentlich verändert. Die Nettoverdienste erreichen 86,1% des Westniveaus. Das eigentliche Problem besteht darin, dass von 1990 bis 1995 zwar ein begrüßenswerter Anstieg – von 41,1% auf 82,4% stattgefunden hat. Bei gleichen Preise für Waren und Dienstleistungen, Verkehrstarife, Mieten u.a. in West und Ost ist seit dieser Zeit jedoch mit 84,7% 1996, 85,4% 1997 und 86% 1998 eine Stagnation eingetreten.“

Q: „Sozialreport 1999“ des SWZ Berlin-Brandenburg, 28.10.99

Deutschland einig Vaterland wird ökonomisch für viele Jahrzehnte, wahrscheinlich sogar für immer, in zwei ganz unterschiedliche Wirtschaftszonen zerfallen und immer weiter auseinander driften. ... Die Produktivität des deutschen Mezzogiorno hinkt noch weit stärker hinterher als das italienische Original. Der Anteil der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer ist im Osten nur halb so groß wie im Westen. Auch dieser Wert bleibt hinter dem Niveau des italienischen Pendants zurück.

Die ökonomische Wirklichkeit des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses liegt so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt hatten, dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann.

Q: Herles, Wolfgang: *Wir sind kein Volk - Eine Polemik*, 2005 München, (69) (nach Sinn, Hans Werner: *Ist Deutschland noch zu retten?* München 2003, S. 221)

Die Deutsche Bank Research erwartet, dass Ostdeutschland allein schon wegen der dramatischen Bevölkerungsentwicklung zwangsläufig wieder gegenüber Westdeutschland zurückfallen wird. Im Jahr 2020 erreichen die fünf neuen Länder danach bei einer Pro-Kopf-Betrachtung nur noch 60 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Dieser Abstand bliebe langfristig nahezu konstant – 2050 soll er bei 59,5 Prozent liegen. In 45 Jahren wären die neuen Länder damit wieder auf dem Niveau angelangt, das sie Mitte der Neunziger schon einmal erreicht hatten.

Q: Müller, Uwe: *Supergau Deutsche Einheit*, Hamburg 2006 (144) (nach Deutsche Bank Research)

Inzwischen ist der desaströse Zustand der ostdeutschen Haushalte dramatischer als die kranken DDR-Staatsfinanzen Ende der Achtziger.

Q: Müller, Uwe: *Supergau Deutsche Einheit*, Hamburg 2006 (163)